

Michael Ruck / Michael Dauderstädt

Zur Geschichte der Zukunft

Sozialdemokratische Utopien
und ihre gesellschaftliche Relevanz



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



Reihe
Gesprächskreis Geschichte
Heft 90

Michael Ruck/Michael Dauderstädt

Zur Geschichte der Zukunft

Sozialdemokratische Utopien
und ihre gesellschaftliche Relevanz

Heft 90

Friedrich-Ebert-Stiftung

Archiv der sozialen Demokratie

Herausgegeben von Anja Kruke

Archiv der sozialen Demokratie

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen
Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-Mail: Doris.Fassbender@fes.de

[<http://library.fes.de/history/pub-history.html>](http://library.fes.de/history/pub-history.html)

© 2011 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn

Redaktion:

Simon Ratmann, Annika Schaefer, Meik Woyke

Gestaltung:

Annika Schaefer

Umschlag:

Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Herstellung:

Katja Ulanowski

Druck:

bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2011

ISBN 978-3-86872-644-2

ISSN 0941-6862

Inhalt

Vorwort 5

Michael Ruck

Von der Utopie zur Planung. Sozialdemokratische
Zukunftsvisionen und Gestaltungsentwürfe vom
19. Jahrhundert bis in die 1970er Jahre 7

I. Einleitung.....7
II. Vom sozialistischen Bilderverbot zur konkreten Utopie10
III. Diskursive Enttabuisierung der Planung in Westdeutschland.....20
IV. Der westdeutsche Planungsboom34
V. Von der Planungsbegeisterung zur Ernüchterung.....43
VI. Stückwerk-Technik statt Gesellschaftsplanung48
VII. Ausblick56
VIII. Literaturverzeichnis.....60

Michael Dauderstädt

„Zukunft 2020“ – DiskursMachtZukunft 79

Zu den Autoren 90

Vorwort

Niemand kann die Zukunft vorhersagen. Auch mit Blick auf die in 10, 20 oder 50 Jahren herrschenden politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse gilt das Karl Valentin zugeschriebene Bonmot: „Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen“. Gleichwohl haben nicht zuletzt Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder politisch-gesellschaftliche Utopien formuliert und für deren Verwirklichung gekämpft.

Zwar reicht die Frage nach der Gestalt der Zukunft deutlich weiter zurück als die Geschichte von Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie – zu erinnern ist nur an den ironisch-philosophischen Roman „Utopia“ (1516) von Thomas Morus; doch es waren sozialdemokratische Vordenker wie August Bebel und Karl Kautsky, die Zukunftserwartungen im 19. Jahrhundert erstmals politikfähig machten. Diese zu Gewissheiten erhobenen und popularisierten Leitbilder wirkten für die Sozialdemokratie in doppelter Funktion: als Mobilisierungskraft und Legitimationsfaktor der sich formierenden politischen Massenbewegung. So konkret wie kaum jemals zuvor ging es um das Verhältnis von Utopie und realer gesellschaftlicher Entwicklung. Dabei prägte die Spannung zwischen theoretisch begründeter, revolutionärer Zukunftsperspektive und reformorientierter Gegenwartspraxis die SPD und ihr Erscheinungsbild.

Michael Ruck zeichnet in der vorliegenden Broschüre, die auf eine Veranstaltung im „Gesprächskreis Geschichte“ am 17. Juni 2008 in Bonn zurückgeht, die Zukunftsvisionen und Gestaltungsentwürfe von Bebel und Kautsky bis zum „Orientierungsrahmen ’85“ nach. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den sozialdemokratischen Planungshoffnungen und -enttäuschungen der 1960er und 1970er

Jahre. Damals wie heute stand die Sicherung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit auf der politischen Agenda, ebenso wie die Schaffung von Chancengerechtigkeit in allen Lebensbereichen.

In einem zweiten Teil verortet Michael Dauderstädt diese Herausforderungen, denen sich auch das Projekt „Zukunft 2020“ der Friedrich-Ebert-Stiftung gestellt hat, in der aktuellen Reformdiskussion und zeigt Wege für eine soziale und nachhaltige politische Entwicklung auf. Zukunftsvorstellungen, so verdeutlicht seine kritische Reflexion, sagen immer auch etwas über die Erwartungshorizonte, Interessenkonstellationen und Handlungsspielräume in der Gegenwart aus.

Dr. Meik Woyke

Archiv der sozialen Demokratie
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Michael Ruck

Von der Utopie zur Planung

Sozialdemokratische Zukunftsvisionen und Gestaltungsentwürfe vom 19. Jahrhundert bis in die 1970er Jahre

I. Einleitung¹

„Nie in persönlich erlebter Zeit lag die Zukunft dunkler da. Sie wird sich enthüllen, und sie wird anders sein. So viel ist sicher.“²

Diese fatalistische Absage an jegliche Zukunftsvision zum Auftakt des 60. Gründungsjahrs der Bundesrepublik Deutschland liegt im Trend jener postmodernen „Ästhetisierung der Welt“, welche im Angesicht apokalyptisch eingetönter Dauerbeschwörungen der multiplen Gefährdung unserer Zivilisation einer larmoyant-ironischen Attitüde frönt:

„Die Zukunft [gleich] einem schwarzen Loch, einem gedehnten Ungefähr, in dem die Zeit konturlos zerfließt, getaktet allein vom Stakkato der Krisenticker. [...] Die beste Zukunft ist diejenige, welche uns erspart bleibt.“³

¹ Dieser Beitrag knüpft teils an Überlegungen an, welche ich in folgenden Aufsätzen teils ausführlicher formuliert und belegt habe: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie (2000); Westdeutsche Planungsdiskurse und Planungspraxis der 1960er Jahre im internationalen Kontext (2004); Die Republik der Runden Tische (2004); Planung als Utopie (2008).

² *Büschler*, Ein Land kommt zu sich, S. 2.

³ *Assheuer*, Alltag in der Krise, S. 49.

Vor dieser düsteren Kulisse „scheinen“ nicht nur theoretische „Utopien [...] Geschichte zu sein“⁴; auch deren politisch-administrative Konkretion „Planung [...] scheint uns heute ein Wort einer abgesunkenen Epoche zu sein“.⁵

Diese Ära gedanklicher wie praktischer Arbeit an umfassenden Zukunftskonzepten lief gegen Ende der 1970er Jahre aus.⁶ Der Utopieverlust war Folge und Ausdruck der Erkenntnis, dass eine bruchlos gesteuerte Weiterentwicklung der Gegenwartsverhältnisse in die Zukunft hinein kaum mehr „machbar“ – ein Leittopos dieser Zeit – sein werde. Denn öffentliche Planungen und die ihnen jeweils zugrunde gelegten Zukunftsszenarien zielten im Grunde auf eine „Bewahrung des Status quo“.⁷ So wurde die planvolle Sicherung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prosperität im Laufe der 1960er Jahre von den westdeutschen Macht- und Funktionseliten zusehends als unverzichtbare Voraussetzung sozialer wie politischer Stabilität im beschleunigten Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft begriffen. Die Wortführer einer raschen Ab-

⁴ *Schaper-Rinkel*, Rezension, S. 1.

⁵ *Gosewinkel*, *Zwischen Diktatur und Demokratie*, S. 327.

⁶ Vgl. *Schaper-Rinkel*, Rezension, S. 1. Die epochale Bedeutung dieser Zäsur als Auftakt der Gegenwart unterstreicht besonders *Doering-Manteuffel*, *Nach dem Boom*, S. 560. Vgl. dazu im Einzelnen *ders./Raphael*, *Nach dem Boom*; *Jaraus*, *Das Ende der Zuversicht?*.

⁷ *Van Laak*, *Planung*, S. 320 und 325. Dieser aktuelle Aufsatz bietet einen hoch instruktiven Überblick über die internationale Ideengeschichte der Planung als dem „zentralen Mythos der Moderne“ (S. 326; vgl. S. 322) mit phasenbezogenen Thesen.

lösung von den ordoliberalen Dogmen der „Wirtschaftswunder“-Jahre in konservierender Absicht überhöhten die Anpassung an den Mainstream westlicher Industriestaaten mit visionärem Pathos. Der Heidelberger Religionsphilosoph und Pädagoge Georg Picht proklamierte im Jahre 1967:

„Nicht nur die Prognose, auch die Planung, die wir brauchen, ist heute eine Utopie“.⁸

Zwei Jahre zuvor hatte der liberal-konservative Freiburger Staatswissenschaftler Joseph H. Kaiser mit technokratischer Emphase den Auftakt jener Planungsdekade eingeläutet, welche das gleitende Ende der Nachkriegszeit in Westdeutschland zwischen 1963 und 1973 umschließt:

„Planung ist der große Zug unserer Zeit. Planung ist ein gegenwärtig ins allgemeine Bewusstsein aufsteigender Schlüsselbegriff unserer Zukunft. [...] Planung ist der systematische Entwurf einer rationalen Ordnung auf der Grundlage alles verfügbaren Wissens.“⁹

Aus den vorderen Reihen der deutschen Sozialdemokratie oder gar der Gewerkschaften hörte man dergleichen kaum. Diese auffällige Zurückhaltung war nicht in erster Linie der programmatischen Diversifizierung von Godesberg und den Imperativen jenes „Gemeinsamkeits-

⁸ Picht, Prognose – Utopie – Planung, S. 59f. Vgl. dazu allgemein Kershaw, Vier Begriffe. Er benennt „Planung“ als prozessuales Bindeglied der vier Hauptmotive des vergangenen „Zeitalters der Extreme“ (Eric Hobsbawm): „Utopien“, „Wohlstand“, „Technologie“, „Gewalt“.

⁹ Kaiser, Vorwort, in: *ders.*, Recht und Politik der Planung, S. 7.

kurses“ geschuldet, auf dem die Partei seit 1961 in Richtung Bonner Kanzleramt steuerte.¹⁰ Sie stand in einer Tradition jener ausgeprägten Skepsis und Ablehnung, mit welcher die deutsche Sozialdemokratie seit ihren Anfängen als politische Massenbewegung sozialutopischen Entwürfen und Handlungsszenarien¹¹ begegnet war.

II. Vom sozialistischen Bilderverbot zur konkreten Utopie

Bereits zu Anfang der 1880er Jahre hatte Friedrich Engels in seinem Pamphlet über „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ die „heute nur noch erheiternden Phantastereien“ der frühen „Stifter des Sozialismus“ und ihrer romanischen Epigonen als „eklektischen Durchschnitts-Sozialismus“ abgetan. Deren voluntaristische Irrlehren seien durch die Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der historischen Dialektik ein für allemal erledigt.¹²

Zu gleicher Zeit schwelgte ein anderer Gründungsvater der Sozialdemokratie noch in detailreichen Zukunftsphantasien, deren utopischer Überschuss jenem der

¹⁰ Vgl. dazu eingehend *Klotzbach*, *Der Weg zur Staatspartei; Bouvier*, *Zwischen Godesberg und Großer Koalition*.

¹¹ Zur Entwicklung utopischen Denkens vgl. aus der Fülle seiner einschlägigen Veröffentlichungen *Saage*, *Utopische Profile*, Bd. 3 und 4; vgl. dazu ausführlich *Schaper-Rinkel*, *Rezension*. Zur Geschichte politischer Utopien; vgl. ferner *Meyer*, *Utopie; Hölscher*, *Utopie; Waschkuhn*, *Politische Utopien*.

¹² *Engels*, *Die Entwicklung des Sozialismus*, S. 49 und 57f.

Frühsozialisten kaum nachstand. In seinem Hauptwerk „Die Frau und der Sozialismus“, das über Jahrzehnte hinweg in zahllosen Neuauflagen verbreitet wurde, verhielt August Bebel seinen Lesern den säkularen Himmel auf Erden:

„Überblicken wir die bisherige Darlegung, so finden wir, dass mit der Aufhebung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln und mit ihrer Umwandlung in gesellschaftliches Eigentum allmählich die Menge der Übel verschwindet, welche die bürgerliche Gesellschaft auf Schritt und Tritt uns zeigt und immer unerträglicher werden. Die Herrschaft einer Klasse hört auf, die Gesellschaft wendet ihre gesamte Tätigkeit nach selbstgegebenem Plane an und leitet und kontrolliert sich selbst. Wie durch die Aufhebung des Lohnsystems, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, so wird dem Schwindel und Betrug, der Nahrungsmittelverfälschung, dem Börsentreiben usw. jeder Boden entzogen. [...]

Mit der Aufhebung des Privateigentums und der Klassegegensätze fällt allmählich auch der Staat. [...] Mit dem Staat verschwinden seine Repräsentanten [...] der ganze politische Apparat. Die Hunderttausende ehemaliger Repräsentanten des Staates treten in die verschiedensten Berufe über und helfen mit ihrer Intelligenz und ihren Kräften, den Reichtum und die Annehmlichkeiten der Gesellschaft zu vermehren. Man wird künftig weder politische Verbrechen und Vergehen, noch gemeine kennen. [...]

So werden alle Fundamente der heutigen ‚Ordnung‘ zur Mythe. Die Eltern erzählen später den Kindern davon wie aus alten märchenhaften Zeiten. Und die Erzählungen von den Hetzereien und Verfolgungen, womit man einst die Männer der neuen Ideen überschüttete, werden ihnen genau so klingen, als wenn wir von Ketzer- und Hexenverbrennungen hören.“¹³

Unter dem Zwangsregime des Sozialistengesetzes spendete Bebel eschatologische Befreiungsprosa der wachsenden Gemeinde sozialdemokratischer Anhänger Trost und Hoffnung. Auch später wurde sein anschauliches Traktat immer wieder gern gelesen. Den Vordenkern einer „wissenschaftlich“ begründeten, strategisch anzubahnenden Machtperspektive der revolutionären Arbeiterbewegung drohten derlei vormoderne Heilsversprechen eher desorientierend und pazifizierend zu wirken. In einer Eloge auf Thomas Morus (1478–1535), den Verfasser des Romans „Utopia“ (1516), feierte Karl Kautsky diesen katholischen Märtyrer aus Großbritannien zwar als den Begründer nicht nur des „Utopismus“, sondern auch des „modernen Sozialismus“. Zugleich verwies der Cheftheoretiker der SPD jedoch auch auf die historische Begrenztheit von Morus’ Zukunftsvision:

„Hand in Hand mit der Anschauung des Utopismus, die Arbeiterklasse sei unfähig, sich selbst zu befreien, geht eine andere Eigentümlichkeit desselben, der Drang nach detaillierter Ausmalung der Zukunftsgesellschaft.

¹³ *Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Kap. 23: Aufhebung des Staates, S. 441–444.*

Das war ganz unvermeidlich. Der Utopismus rechnete nicht auf den Enthusiasmus jener, die nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, sondern auf den Enthusiasmus und die Menschenfreundlichkeit jener, denen es in der bestehenden Gesellschaft ganz wohl geht, die für sich an ihr nicht viel auszusetzen haben. Die Menschenfreundlichkeit zu erwecken, dazu bedarf es einer sprechenden Darstellung des Elends [...].

Neben der Rücksicht auf die propagandistische Wirkung ist es noch ein anderer Umstand, der den Utopisten zur Ausmalung des ‚Zukunftsstaates‘ drängt [...].

Das Bedürfnis nach dem Kommunismus ersteht überall, wo ein hoffnungsloses Massenproletariat sich bildet. [...] Solange dieser nicht als das notwendige Endergebnis einer absehbaren Entwicklung der Gesellschaft erscheint, gibt es nur einen denkbaren Weg, ihn durchzuführen: die Ausarbeitung eines möglichst umfassenden Planes der neuen Gesellschaftsordnung und die Gewinnung der nötigen Mittel zu dessen Ausführung. [...] Diese Auffassung ist das wesentliche Kennzeichen des Utopismus.

Derselbe wurde immer mehr und mehr erschüttert durch die tatsächliche ökonomische und politische Entwicklung der dreißiger und vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts; vollständig, konsequent und vollbewusst überwunden wurde er erst durch Marx und Engels,

die mit dem Kommunistischen Manifest 1847 eine neue Epoche des Sozialismus gründeten.“¹⁴

Doch nicht nur utopische Visionen, auch die aktive Verwirklichung langfristiger Zukunftsentwürfe standen für deutsche Sozialdemokraten seit wilhelminischen Zeiten nicht auf der praktisch-politischen Agenda.¹⁵ Auf die Erfahrungen der Repressionszeit reagierte die SPD nach dem Ende des Sozialistengesetzes einerseits mit verstärkter Mitarbeit in den parlamentarischen und kommunalen Vertretungskörperschaften. Andererseits wurde die revolutionäre Ideologie marxistischer Provenienz auf dem Erfurter Parteitag im Oktober 1891 in dem von Kautsky und Eduard Bernstein entworfenen Programm kanonisiert.¹⁶ In seinen parteioffiziellen Ausdeutungen stellte Kautsky autoritativ fest:

„Der Gang der Entwicklung ist keineswegs unabhängig von den einzelnen Persönlichkeiten. [...] Was aber keiner kann, [...] ist, die Richtung der Entwicklung nach seinem Willen zu bestimmen und die Formen, welche sie annehmen wird, genau vorherzusagen. Es ist deshalb

¹⁴ Kautsky, Thomas More, S. 58ff.; vgl. schon *ders.*, Thomas More und seine Utopie, S. 332–334. Vgl. dazu *Munier*, Thomas Morus, S. 10f.; *Gilcher-Holtey*, Das Mandat des Intellektuellen, S. 57: „das erste Werk in deutscher Sprache, in dem die materialistische Geschichtsauffassung zur Anwendung gebracht wurde, und zwar, wie Kautsky berichten konnte, ‚in einer Weise, die Engels vollste Zustimmung fand‘“.

¹⁵ Vgl. *Graf*, Die Zukunft der Weimarer Republik, S. 139ff.

¹⁶ Abgedr. in: *Dowe/Klotzbach*, Programmatische Dokumente, S. 187–192. Zur Textgenese des Erfurter Programms vgl. eingehend *Gilcher-Holtey*, Das Mandat des Intellektuellen, S. 59–100.

nichts lächerlicher als von uns zu verlangen, wir sollten ein Bild des ‚Zukunftsstaates‘ geben, den wir anstreben. [...]

Es ist noch nie in der Weltgeschichte dagewesen, daß eine revolutionäre Partei auch nur voraussehen, geschweige willkürlich bestimmen konnte, welche Formen die neue, von ihr angestrebte Gesellschaft annehmen werde. Für die Sache des Fortschritts war schon viel gewonnen, wenn es ihr gelang, die Tendenzen zu erkennen, welche zu dieser Gesellschaft hinführten, so daß ihre politische Tätigkeit eine bewußte, keine bloß instinktive war. Mehr kann man auch von der Sozialdemokratie nicht verlangen.

Es hat aber noch nie eine Partei gegeben, welche die gesellschaftlichen Tendenzen ihrer Zeit so tief erforscht und so genau begriffen hätte wie die Sozialdemokratie. [...]

Wenn die Sozialdemokratie sich weigert, dem geehrten Publikum einen Prospekt des Zukunftsstaates zur gefälligen Ansicht vorzulegen, so haben die bürgerlichen Schriftsteller gar keine Veranlassung, darüber zu spötteln und daraus zu schließen, wir wüßten nicht, was wir wollen. Die Sozialdemokratie sieht klarer in die Zukunft[t] als die Bahnbrecher der heutigen Gesellschaftsordnung, die Ökonomen und Aufklärer, zu ihrer Zeit sehen konnten.¹⁷

¹⁷ *Kautsky*, Das Erfurter Programm, Abschnitt IV.6: Der Aufbau des Zukunftsstaates. Vgl. dazu *Gilcher-Holtey*, Das Mandat des Intellektuellen, S. 90f. und 124 sowie S. 78 und 83.

Das „marxistische Bilderverbot“¹⁸ bekräftigte Kautsky in seinen jahrelangen Auseinandersetzungen mit den revisionistischen „Tabu“-Brüchen Eduard Bernsteins¹⁹ ebenso wie das seine Partei gegenüber hartnäckigen Nachfragen aus Zentrumskreisen zur konkreten Gestalt des Bebelschen „Zukunftsstaats“ immer wieder tun musste.²⁰

Fortan bestimmte das praktisch kaum vermittelte Spannungsverhältnis von revolutionärer Zukunftsperspektive und reformorientierter Gegenwartspraxis das Erscheinungsbild der SPD. Auch unter dem Eindruck der technokratischen Modernisierungs- und Planungsdiskurse, von denen die Zwischenkriegszeit auf vielfältige Weise geprägt wurde²¹, machte die Partei keine ernsthaften Anstalten, den zwar integrativen, aber eben auch lähmenden „Spagat zwischen der Hoffnung auf die schon bald greifbaren Früchte sozialdemokratischer Politik und der Fernperspektive auf den vollendeten Sozialismus“²² durch eine operationale Utopie zu überwinden.

Nach der Wiedervereinigung mit Teilen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD)

¹⁸ *Saage*, Utopische Profile, Bd. 4, S. 51.

¹⁹ Vgl. dazu *Gilcher-Holtey*, Das Mandat des Intellektuellen, insb. S. 124, 128 und 134.

²⁰ Vgl. etwa Bebel und sein „Zukunftsstaat“ vor dem Reichstag. Zur „Zukunftsstaat“-Debatte vgl. die nach wie grundlegende Analyse bei *Miller*, Das Problem der Freiheit im Sozialismus, S. 227ff.; vgl. ferner eingehend *Hölscher*, Weltgericht oder Revolution.

²¹ Vgl. dazu *Metzler/van Laak*, Die Konkretion der Utopie; *Graf*, Die Zukunft der Weimarer Republik.

²² *Hölscher*, Die verschobene Revolution, S. 225.

im September 1922 markierte das Heidelberger Programm 1925 die Rücknahme der 1921 in Görlitz vollzogenen Teilöffnung in Richtung „Volkspartei“, zurück zur Weltanschauungs- und Milieupartei der Vorkriegszeit. Zwar legitimierte das von Rudolf Hilferding entworfene Parteidokument – ungeachtet seiner traditionalistischen Diktion – mit dem darin enthaltenen „Aktionsprogramm“ jenen Kurs des sozialen und politischen Klassenkompromisses, den die SPD als republikanisch-demokratische Staatspartei ungeachtet heftiger Angriffe von links bis 1933 steuerte. Eine plausible Verbindung vom politischen Tagesgeschäft zum mehrfach sogenannten „Endziel“ des „Befreiungskampfes der Arbeiterklasse“ unter Führung der Sozialdemokratie: die „Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst“ sowie „gleiche Rechte und Pflichten aller“ – wurde in Heidelberg jedoch abermals nicht geschlagen.²³

Die „revolutionäre Fernperspektive“ des Heidelberger Programms wurde in der Nachkriegszeit zumeist beschwiegen.²⁴ Nominell blieb diese Manifestation sozialdemokratischer Ambivalenz jedoch bis zur Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms in Bad Godes-

²³ Abgedr. in: *Dowe/Klotzbach*, Programmatische Dokumente, S. 215–224, hier: S. 218. Görlitzer Programm: ebd., S. 207–213. Zum Görlitzer Parteitag vgl. *Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung, S. 434ff. Zum Heidelberger Parteitag vgl. *ders.*, Der Schein der Normalität, S. 320ff.; *Schönhoven*, Der Heidelberger Programmarteitag; *Smaldone*, Rudolf Hilferding, S. 175–177.

²⁴ *Hölscher*, Die verschobene Revolution, S. 226.

berg Ende 1959 in Geltung. Dort erst wurde eine demonstrative Hinwendung zum westdeutschen Modell der „Volkspartei“ vollzogen. Mit dem Bekenntnis zu unterschiedlichen Begründungen des demokratischen Sozialismus, zu Sozialreform und Westintegration, sollte das Profil der vormals marxistischen Weltanschauungs- und Milieupartei pluralisiert werden.

Das Signal von „Godesberg“ schuf eine wesentliche Voraussetzung für die Übernahme von Regierungsverantwortung auch auf nationaler Ebene (1966/69) und für den Aufstieg der SPD zur stärksten Kraft im Deutschen Bundestag (1972). Die ausdrückliche Versicherung, „keine letzten Wahrheiten“ über die erstrebte „glückliche Zukunft“ in freier Selbstbestimmung sowie den richtigen Weg dorthin verkünden und durchsetzen zu wollen, hat ihren Teil dazu beigetragen.²⁵ Das Godesberger Bekenntnis: „Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe“ definierte „Zukunft“ ausdrücklich nicht mehr in eschatologischer Manier als widerspruchsfreien Endzustand der Menschheitsgeschichte, sondern als immerwährenden Prozess der Verwirklichung von „Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft“.²⁶

Damit war die programmatische Brücke zu jener Vision einer „konkreten Utopie“ geschlagen worden, welche der deutsche Philosoph Ernst Bloch zwischen 1938 und 1947 im amerikanischen Exil unter dem bemerkenswer-

²⁵ Abgedr. in: *Dowe/Klotzbach*, Programmatische Dokumente, S. 361–383, hier: S. 363f.

²⁶ Ebd., S. 364f.

ten Ursprungstitel „The dreams of a better life“ ausgemalt hatte:

„Wer sind wir? Wo kommen wir her? Wohin gehen wir? Was erwartet uns? [...] Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen. Seine Arbeit entsagt nicht, sie ist ins Gelingen verliebt statt ins Scheitern.“

In Deutschland erschien Blochs Monumentalwerk zwischen 1954 und 1959 unter dem eingängigen Titel „Das Prinzip Hoffnung“. Beiderseits der Frontlinie des Kalten Kriegs stieß diese Botschaft auf beträchtliche Resonanz. Zwar verurteilte Georg Lukács sie Mitte der 1960er Jahre – ganz im Sinne der marxistischen Orthodoxie – als bürgerlichen Utopismus, der nur die antikapitalistische Klassenanalyse trüben und die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse behindern könne.²⁷ Zuvor schon hatte Norbert Elias sowohl die gesetzmäßige „Notwendigkeit“ gesellschaftlicher Entwicklungen als auch deren gezielte Steuerung durch planvolles Handeln Einzelner in Abrede gestellt.²⁸ Doch zunächst gab Blochs „Hoffnungsphilosophie“²⁹ jenen in der Bundesrepublik Auftrieb, die nach neuen Ansätzen suchten, um jene hegemoniale Stellung zu erschüttern, welche die Unionsparteien mit dem greisen Kanzler Konrad Adenauer und der Ikone des „Wirtschaftswunders“ Ludwig Erhard in

²⁷ Vgl. dazu *Bollinger*, 1968, S. 46f.

²⁸ *Elias*, Über den Prozeß der Zivilisation, S. 132ff. Vgl. dazu *Baumgart/Eichener*, Norbert Elias, S. 76ff. und 101ff.

²⁹ *Berghahn*, Ende des utopischen Zeitalters?, S. 10.

der zweiten Hälfte der 1950er Jahre über den politischen Raum hinaus erreicht hatten.

III. Diskursive Enttabuisierungen der Planung in Westdeutschland

Das Godesberger Programm der SPD von 1959 lässt sich über weite Strecken als ein Katalog „konkreter Utopien“ lesen. Der Philosoph Bloch hatte den reformwilligen Kräften ein visionäres Stichwort gegeben, das den Zeitgeist wirkungsmächtig bündelte. Der Partei gelang es, diese verheißungsvolle Botschaft im Laufe der ‚langen‘ 1960er Jahre an ihre Fahnen zu heften und auf ihre politischen Schlüsselprojekte zu fokussieren.

Zunächst hatte es danach gar nicht ausgesehen. Um 1960 waren gesamtwirtschaftliche und gesellschaftspolitische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland ein Tabuthema. Noch Mitte des Jahrzehnts (1966) erblickte der Marburger Politikwissenschaftler Kurt Lenk im „Weiterwirken der traditionellen Planungssphobie einen cultural lag“ – mit Blick sowohl auf die „sozialstrukturelle Basis“ in der Bundesrepublik als auch auf den internationalen Diskussionsstand.³⁰ Ganz in diesem Sinne hatte Robert Jungk kurz zuvor (1964) das offenkundige Modernitätsdefizit des heimischen Planungsdiskurses gegenüber anderen westlichen Industrieländern beklagt:

³⁰ Lenk, Aspekte der gegenwärtigen Planungsdiskussion, S. 374f.

„Im deutschen Sprachgebiet – und das kennzeichnet seinen historischen Rückstand – ist diese Etappe der Auseinandersetzung mit der Planung noch keineswegs erreicht. Erst jetzt beginnt sich auch bei uns die Erkenntnis durchzusetzen, dass der prinzipielle Streit um die Planung, wie er zwischen Marxisten und Liberalen ausgefochten wurde – und unter zum Teil neuen Etiketten noch immer ausgefochten wird –, in Wahrheit von zweitrangiger Bedeutung ist. Denn auch die offiziell noch liberalen Systeme planen längst, weil sie den Schritt von irrationaler Schicksalsgläubigkeit zu rationaler Führung ihrer Geschäfte tun mussten, um in der Industriegesellschaft existieren zu können. Umso dringender sollte auch bei uns die Frage nach der Planungspraxis erhoben werden, die nun nicht länger dem Zufall einer mehr oder weniger begabten Improvisation überlassen werden darf.“³¹

Ein Jahrzehnt später stellte sich das Problem nahezu umgekehrt. Zwischenzeitlich hatte Westdeutschland einen wahren Planungsboom erlebt. Doch abermals attestierte kritische Planungsbefürworter der Bundesrepublik eine eklatante Verspätung im internationalen Vergleich:

„Die neuere Planungsforschung in der Bundesrepublik hat sich bisher weitgehend mit Planungstechniken und mit Fragen der Organisation und Methodik des Planungsprozesses auf allen Ebenen der Regierung beschäftigt.“³²

³¹ Jungk, *Gesucht: ein neuer Mensch*, S. 505.

³² Buse, *Integrierte Systeme staatlicher Planung*, S. 208.

Nach wie vor sei die Planungswissenschaft allzu sehr damit beschäftigt, „die Planungspraxis ‚einzuholen‘“, anstatt sich auf die Suche nach einem „überzeugenden Design“ zu machen, mit dessen Hilfe „die theoretische Bedeutung des offensichtlichen Auseinanderklaffens von Planungswunsch und Planungswirklichkeit“ erfasst werden könne.³³

Wiederum manifestierte sich in derlei Reaktionen ein gewisser Sonderweg des westdeutschen Planungsdiskurses im internationalen Kontext. Während nämlich in der Bundesrepublik der Planungsboom gerade erst auf Touren zu kommen begann, hatte man in der angelsächsischen Welt bereits erste kritische Schlussfolgerungen aus den vielfach ernüchternden Erfahrungen gezogen, welche dort schon gesammelt worden waren.³⁴

Ungeachtet aller rhetorischen Bezüge auf den internationalen Trend trugen die westdeutschen Planungsdiskurse von Beginn an selbstreferenzielle Züge. In der sowohl vertikal als auch horizontal hochfragmentierten Planungsszenarie des bundesdeutschen Mehrebenensystems³⁵ waren konzeptionelle wie prozedurale Lernprozesse überwiegend zufälliger Natur. Erst recht galt das für die grenzüberschreitende oder gar systemübergreifende Rezeption auswärtiger Planungsdiskurse und Pla-

³³ *Ronge/Schmielg*, Politische Planung in Theorie und Praxis, Einleitung, S. 7–25, hier: S. 7, 21 und 23f.

³⁴ Vgl. etwa *Polanyi*, Planning in Britain.

³⁵ Vgl. dazu schon *von Oertzen*, Transparenz im Planungsprozess der Regierung.

nungsmodelle.³⁶ Zwar erschien im Laufe der 1960er und frühen 1970er Jahre eine Reihe von Publikationen, die im Überblick über die Planungsinstrumentarien einzelner Länder informierten.³⁷ Ein breit angelegter systematischer Vergleich mit dem Ziel einer Nutzbarmachung für die eigene Planungspraxis wurde allerdings nicht einmal ansatzweise unternommen. Und die Gründung jenes „Internationalen Instituts für Planforschung“, mit dem Robert Jungk der globalen „Kommunikation der Planer“ 1964 einen institutionellen Rückhalt hatte geben wollen, blieb ein konvergenztheoretischer Wunschtraum.³⁸ Damit wurden frühe Warnungen bestätigt, sich durch vordergründige terminologische Gemeinsamkeiten über die kulturell wie ideologisch eng begrenzten Möglichkeiten

³⁶ *Buse*, Integrierte Systeme, S. 208f.

³⁷ Die Mehrzahl der bei *Buse/von Dewitz*, Bibliographie zur politischen Planung, S. 229–259, nachgewiesenen zeitgenössischen Publikationen ist den internen Diskursen der jeweiligen Länder entsprungen. Informatorische Überblicke meist ausländischer Experten für deutsche Leser enthalten vor allem die sechs Sammelbände der von *Joseph H. Kaiser* herausgegebenen Reihe „Planung“ (Baden-Baden 1965–1972) sowie die drei Sammelbände der von *Robert Jungk/Hans J. Mundt* herausgegebenen Reihe „Modelle für eine neue Welt“ (München/Wien etc. 1964ff.).

³⁸ *Jungk*, Die Zukunft gestalten. Zur systemimmanenten Blockade einer tatsächlichen „Konvergenz kapitalistischer und staatssozialistischer Systeme“ durch die letzteren und essenzielle Funktion des Plans „zur ideologischen Rechtfertigung des Systems im Ganzen“ unter prinzipieller Hintanstellung von „individuelle[n] Rechte[n]“ und der „Eigenständigkeit des Rechts“ vgl. *Caldwell*, Plan als Legitimationsmittel, S. 373f.

internationalen Imitationslernens auf dem Feld der Planung hinwegtäuschen zu lassen.³⁹

Allerdings bahnte sich zu dieser Zeit in der Bundesrepublik bereits eine durchgreifende Enttabuisierung jener Ordnungskategorie an, die nirgendwo sonst im Westen konsequenter dem repressiven Instrumentarium totalitärer Einparteiendiktaturen zugerechnet worden war.⁴⁰ Äußere Bedingung dieses Prozesses zunächst diskursiver, dann auch praktischer Durchsetzung des Planungsgedankens war die rasche Deeskalation des Ost-West-Konflikts nach der Doppelkrise von 1961/62. Als sozialtechnische Handlungskategorie ihrer denunziatorischen Konnotationen im Systemkonflikt entkleidet, avancierte „Planung“ nun auch im westlichen Frontstaat des Kalten Kriegs zum Gegenstand systemimmanenter Diskurse über Chancen und Risiken ihres praktischen Einsatzes. An die Stelle der militärischen Blockkonfrontation setzten optimistische Vordenker von „Modelle[n] für eine neue Welt“ nun die Vision eines friedlichen „Wettkampf[s] der Planungen in Ost und West“.⁴¹ Seither standen die ‚langen‘ 1960er Jahre weithin im Zeichen eines „Booms der Zukunftsorientierung“⁴² – nicht nur in Publizistik und Wissenschaft,

³⁹ So bereits *Glass*, *The Evaluation of Planning*, insb. S. 406ff.

⁴⁰ Vgl. *Doering-Manteuffel*, *Ordnung jenseits der politischen Systeme*, S. 405.

⁴¹ *Jungk/Mundt*, *Wege ins neue Jahrtausend. Wettkampf der Planungen in Ost und West*.

⁴² Vgl. dazu eingehend *Schmidt-Gernig*, „Futurologie“, S. 110f.; *ders.*, *Das „kybernetische Zeitalter“*, S. 356f. Vgl. auch *Friedrich*, „One Hundred Years from this Day...“.

sondern zusehends auch auf politisch-administrativer Ebene.

Bezeichnenderweise musste die diskursive Blockade durch einen von außen kommenden Impuls aufgebrochen werden.⁴³ Im Herbst 1962 veröffentlichte die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein „Memorandum über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe“ des Integrationsprozesses.⁴⁴ Obwohl mit Walter Hallstein ein deutscher Christdemokrat an ihrer Spitze stand, atmete das Papier unverkennbar den Geist der französischen Planungsdoctrin. Die Sechsergemeinschaft benötige „über ihre künftige Entwicklung eine mehrere Jahre umfassende Übersicht“, lautete die Kernaussage:

„Diese Vorausschau wäre keinesfalls gleichbedeutend mit einem autoritären Plan, der die Freiheit des Marktes beeinträchtigen [...] würde, sondern vergleichbar mit einem Rahmen, in den sich die Maßnahmen der Regierungen und der Institutionen der Gemeinschaft einfügen würden“.

Das „mehrjährige Programm“ einer stabilitätsorientierten Wachstumspolitik solle zum einen „richtungweisend sein für die nationalen und die gemeinsamen Entscheidungen“ mittlerer Reichweite. Zum anderen werde

⁴³ Zur Rolle der europäischen Integration als „Schrittmacher einer Politik der Modernisierung durch Planung“ vgl. *Goswinkel*, *Zwischen Diktatur und Demokratie*, S. 352f., hier: S. 353.

⁴⁴ Zur nachhaltigen Bedeutung dieses Vorgangs für den westdeutschen Planungsdiskurs vgl. für vieles *Jochimsen/Treuner*, *Staatliche Planung in der Bundesrepublik*, S. 845.

es die „notwendige Richtschnur für die Pläne oder Programme“ abgeben, „die immer mehr Mitgliedstaaten aufstellen“. Zur inhaltlichen und prozeduralen Ausgestaltung dieser „gemeinschaftliche(n) Programmierung“ werde die Kommission ihre vorläufigen Eckpunkte bis Mitte 1963 zu einem „konsolidierten Programm“ weiterentwickeln.⁴⁵

Diese „Hinneigung zu planwirtschaftlichen Ideen“ wollte Ludwig Erhard „fast etwas gespenstisch“ anmuten – „nach allem, was wir in Deutschland erlebt und geschaffen haben“.⁴⁶ Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Bundestagsopposition⁴⁷ sah der Bonner Wirtschaftsminister seine Befürchtungen über den westeuropäischen Wirtschaftsverbund unter französischem Einfluss durch den programmatischen Vorstoß der Kommission bestätigt. Bestärkt von Warnungen heimischer Leitartikler vor einem „neuen Dirigismus“, der geradewegs „in die Knechtschaft“ zu führen drohe, machte die Symbolfigur der Sozialen Marktwirtschaft im November 1962 vor dem Europäischen Parlament massiv Front gegen die Brüsseler Absichten. Unter Berufung auf die Integrationsziele der Römischen Verträge hielt Kommissionspräsident Hallstein strikt dagegen. Derart spektakulär in Szene gesetzt, löste die ordnungspolitische Kontrover-

⁴⁵ Zit. nach *Plitzko*, Planung ohne Planwirtschaft, S. 288–290.

⁴⁶ Zit. nach ebd., Vorwort des Herausgebers, S. V–VIII, hier: S. V. Im April 1965 zeigte sich Erhard einmal mehr über das „gefährliche Treiben“ der angeblichen Planwirtschaftler in Brüssel „hell entsetzt“; zit. nach *Hentschel*, Ludwig Erhard, S. 562 und 564.

⁴⁷ Vgl. *Gosewinkel*, Zwischen Diktatur und Demokratie, S. 352f.

se über den Brüsseler Programmentwurf anhaltende Grundsatzdebatten über das Für und Wider einer umfassend planvollen Wirtschafts- und Strukturpolitik auf nationaler wie auf supranationaler Ebene aus.⁴⁸

In Westdeutschland wurden die kritischen Stellungnahmen von dem Bestreben diktiert, vermeintlichen Anfechtungen staatsinterventionistischer Lenkung zu begegnen. Dagegen stand die Warnung, die Bundesrepublik werde sich zum eigenen Schaden im westeuropäischen Wirtschaftsverbund abseits stellen.⁴⁹ Das Modell der „*planification française*“ und dessen Brüsseler Adaption spielten in diesem Diskurs nur die Rolle einer Reizvokabel.⁵⁰ Inhaltlich fand eine Auseinandersetzung mit der dirigistisch-konsultativen Praxis indikativer Rahmenplanung, wie sie sich jenseits des Rheins seit 1946 aus der Organisation des Wiederaufbaus entwickelt hatte, in Westdeutschland während der 1960er Jahre kaum statt.⁵¹ Im Zentralen Planungsbüro und im Sozialökonomischen Rat der Niederlande sahen deutsche Autoren ebenfalls

⁴⁸ *Plitzko*, Planung ohne Planwirtschaft, Vorwort, S. Vf.

⁴⁹ Ebd., S. VI; vgl. *Stoltenberg*, Wendepunkte, S. 134.

⁵⁰ Vgl. *Lenk*, Aspekte der gegenwärtigen Planungsdiskussion, S. 374. Neuerdings wird aber auch darauf verwiesen, dass es bereits während der 1950er Jahre eine „größere Nähe und Affinität“ gegeben habe, die jenseits von „distanzierender Rhetorik und Polemik“ einen politisch-praktischen „Prozess der Annäherung und Rezeption“ zwischen Westdeutschland und Frankreich befördert habe; *Gosewinkel*, Zwischen Diktatur und Demokratie, S. 349ff., hier: S. 349f.

⁵¹ Vgl. dazu im Einzelnen *Nützenadel*, Stunde der Ökonomen, S. 214–231; *Gosewinkel*, Zwischen Diktatur und Demokratie, S. 347–349.

westeuropäisch inspirierte „Planifikateure beim Werk“.⁵² Deren Steuerungskonzepte seien auf die Bundesrepublik nicht ohne Weiteres übertragbar.

Ludwig Erhard schlug also ins Leere, als er Mitte Oktober 1963 in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler vor der „nationalökonomischen Modeerscheinung“ Planifikation warnte.⁵³ Gleichwohl mochte die aufstrebende Sozialdemokratie sich weiterhin nicht dem Verdacht neomerkantilistischer Abirrungen vom Pfad der marktwirtschaftlichen Tugend aussetzen. Unter dem Motto „Stabilität und Aufstieg“ hatte sich die Parteiführung kurz zuvor zu einer „wachstumsbewussten Wirtschaftspolitik“ auf der Grundlage einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bekannt, welche mit den Instrumenten einer marktkonformen Geld- und Budgetpolitik die materiellen Grundlagen einer sozial- und gesellschaftspolitischen Reformpolitik schaffen sollte. Zugleich distanzierte sich das SPD-Präsidium ausdrücklich von einer „Planifikation mit Detailempfehlungen für die Unternehmer“.⁵⁴ Vor dem Hintergrund von Vollbeschäftigung und kräftig steigenden Arbeitnehmereinkommen bekannte sich die Partei – ganz im Einklang mit den Einheitsgewerkschaften – zu einer marktwirtschaftlichen

⁵² Vgl. etwa *Albrecht*, Planifikateure beim Werk, Teil 3: Die Niederlande, ihr zentrales Büro und der sozialökonomische Rat, S. 397–532.

⁵³ Vgl. *Frank*, Politische Planung, S. 39–69.

⁵⁴ *Osterroth/Schuster*, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 3, S. 297.

„Wohlstandspolitik, die sich gerechten Wohlstand zum Ziel setzt“.⁵⁵

Unbeschadet solcher Deklamationen blieb die allmähliche „Entideologisierung des Planungsbegriffs“⁵⁶ nicht ohne Wirkung auf die westdeutsche Sozialdemokratie. Doch gleichzeitig drohte dieser Begriff zur Projektionsfläche widerstreitender Bekenntnisse zu den Chancen und Risiken der Moderne zu werden. An Intensität gewannen diese Auseinandersetzungen, als technokratische Planungsbefürworter wie Joseph H. Kaiser unverhohlen eine diskursive Hegemonie anstreben.⁵⁷

Dagegen wandten sich zunächst konservative Gesellschaftstheoretiker wie Helmut Schelsky. Schon mit dem Titel seines Traktats über „Planung der Zukunft. Die rationale Utopie und die Ideologie der Rationalität“⁵⁸ setzte der weit über sein Fach hinaus wirksame Soziologe 1966 einen Kontrapunkt zu Kaisers Loblied auf die „Systematik als die planvoll geordnete Totalität unseres jeweiligen Wissens, Rationalität und vor allem Wissenschaft“.⁵⁹ Seit

⁵⁵ Protokoll der SPD-Bundeskonferenz in Bad Godesberg am 14. Dezember 1963, S. 26; zit. nach: von *Berlepsch*, „Sozialistische Sozialpolitik“?, S. 470.

⁵⁶ *Klages*, Planungspolitik, S. 7; vgl. *Lenk*, Aspekte der gegenwärtigen Planungsdiskussion, S. 364 und 376.

⁵⁷ *Kaiser*, Vorwort, in: *ders.*, Recht und Politik der Planung, S. 7–9, hier: S. 7f.

⁵⁸ *Schelsky*, Planung der Zukunft, S. 155–172. Zur zeitgenössischen Tendenz „Technokratie“ diskursiv als „polemisch-kritischen Gegenbegriff von Planung“ zu etablieren, vgl. allgemein *Gosewinkel*, Zwischen Diktatur und Demokratie, S. 356f.

⁵⁹ *Kaiser*, Vorwort, in: *ders.*, Recht und Politik der Planung, S. 7.

Jahren hatte Schelsky vor technokratischen Eingrenzungen individueller wie politischer Entscheidungsfreiheit gewarnt.⁶⁰ Umso vehementer wandte er sich nun dagegen, diese ohnehin übermächtige Tendenz auch noch ideologisch zu überhöhen. Doch die mittlerweile stark geschrumpfte Schar totalitarismustheoretisch inspirierter Modernisierungsskeptiker kam schon Mitte der 1960er Jahre nicht mehr aus der Defensive des westdeutschen Planungsdiskurses heraus.

Die Mehrheit der gemäßigten Befürworter öffentlicher Interventionen auf wirtschaftlichem Gebiet wie im Bildungsbereich oder auf dem weiten Feld der öffentlichen „Daseinsvorsorge“ (Ernst Forsthoff) sah in staatlichen Planungsaktivitäten immer weniger eine Gefahr für die freiheitliche Verfassungs- und Gesellschaftsordnung, sondern erblickte darin einen unverzichtbaren Garanten der westdeutschen Nachkriegsprosperität. Zudem betrieben sozialdemokratische Planer wie der Philosoph und zeitweilige Staatssekretär in Düsseldorf Hermann Lübke (SPD) die anpassende Modernisierung der marktwirtschaftlichen und liberal-demokratischen Strukturen ausdrücklich in antitotalitärer Absicht.⁶¹

Der Sozialwissenschaftler Ralf Dahrendorf (FDP) verwarf auch diese Position – unter Hinweis auf den fun-

⁶⁰ Vgl. allgemein *van Laak*, Planung, S. 315f., hier: S. 316: „Die Gegnerschaft richtete sich meist auf den formierenden Zwang, den Planungen der Gegenwart auferlegten“.

⁶¹ Vgl. dazu *Thamer*, Sozialismus als Gegenmodell, S. 741 und 756f.

damentalen Gegensatz von „liberaler Marktrationalität“ und „totalitärer Planrationalität“ – als Ausfluss einer illiberalen „Gesinnung der Planrationalität“, welche geradezu in einen bürokratischen „Zirkel der Pläne“ führen müsse.⁶² Eine gewisse Nähe dieser radikalliberalen Planungsskepsis zu anti-autoritären Planungskritikern in den Reihen der westdeutschen Studentenbewegung ist unverkennbar.

Der Studentenfürher Rudi Dutschke hingegen stellte sich unverkennbar in die Tradition einer „sozialistische[n] Utopie, als deren Eckpfeiler seit gut hundertfünfzig Jahren soziale Demokratie, das heißt ein möglichst ausgeglichener und auf Gerechtigkeit gegründeter innergesellschaftlicher Friedenszustand, ein unentfremdetes System gesellschaftlicher Arbeit und Menschenrechte“ galten. Diese Utopie hatte „seit ihren Ursprünge[n] die reiche Gesellschaft zu ihrer Grundlage, nicht die Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der Armut“.⁶³ Mit großer Vehemenz beschwor dieser Exponent des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) die historische Chance, im Bündnis mit revolutionierten Angehörigen der technisch-ökonomischen Intelligenz die geschichtliche Mission der Bourgeoisie unter sozialistischen Vorzeichen zu vollenden:

„Der bürgerliche Charakter [schuf] ungeheuren Reichtum, der die historisch einzigartige Chance begründete,

⁶² *Dahrendorf*, *Gesellschaft und Demokratie*, S. 359 und 459f.; vgl. ebd., S. 68f., 128, 458, 459f., 463 und 479.

⁶³ *Negt*, *Achtundsechzig*, S. 132.

ein Leben jenseits materieller Notdurft zu führen, ein Leben einzurichten, in der die Losung sein kann: ‚Alle Menschen sollen essen und wenig arbeiten‘ [Max Horkheimer].⁶⁴

In diesem Ziel, und in dem ihm unterlegten Fortschrittspathos, berührten sich die Visionen der Verfechter einer modernisierten „affluent society“ kapitalistischer Prägung und der neomarxistischen Fortschrittspropheten ebenso wie in dem Glauben an die Möglichkeit einer planmäßigen Steuerung sozioökonomischer Entwicklungsprozesse unter wissenschaftlicher Beratung: „Ab-schaffbarkeit der Arbeit ist aus der Dimension der Utopie in den Bereich der objektiven Möglichkeiten gerückt.“⁶⁵ In dieser Beschwörung einer „realutopische[n] Perspektive nach Abschaffung der Arbeit überhaupt“⁶⁶ durch den Frankfurter SDS-Protagonisten und Adorno-Schüler Hans-Jürgen Krahl kulminierte der zeitgenössische Fortschrittsoptimismus linker Provenienz. Ansonsten standen die politischen Vorstellungen beider Gruppen unvereinbar gegeneinander. Denn Rudi Dutschke und andere Wortführer der radikalsozialistischen Linken wollten die studentische Protestbewegung als Avantgarde „revolutionäre[r] Bewusstseinsgruppen“ in eine systematische Transformation der privatkapitalistisch geprägten Wirt-

⁶⁴ Dutschke, Vom Antisemitismus zum Antikommunismus, S. 75.

⁶⁵ Krahl, Zu Lenin, S. 184.

⁶⁶ Krahl, Fünf Thesen, S. 298.

schafts- und Gesellschaftsverhältnisse Westdeutschlands überleiten.⁶⁷

Im Hauptstrom des Zeitgeists der späten 1960er Jahre bewegten sich weder Dahrendorf noch Dutschke. Dort standen eher liberalkonservative Modernisierer wie Georg Picht. Dieser näherte sich dem prekären Verhältnis von Planung und Demokratie deutlich aufgeschlossener als sein liberaler Mitstreiter auf dem Feld der Bildungsreform. Einerseits hielt der öffentlichkeitswirksame Philosoph ausdrückliche Distanz zu der „heute modisch gewordene[n] Diskussion über Planung“. Andererseits bezweifelte Picht keineswegs die existenzielle Notwendigkeit steuernder Eingriffe in die Entwicklung der „technischen Welt“: „Nicht was geplant werden soll, ist das größte Problem, das größte Problem ist, wie geplant werden soll“.⁶⁸

Im Übrigen habe „rationale“ Planung jederzeit die gesellschaftlichen „Voraussetzungen für ihre Realisierung“ mitzudenken. Aus dieser Perspektive stand das unabwiesbare Erfordernis „rasche[r] und effektive[r] Planung“ keineswegs in grundsätzlichem Widerspruch zu jenen Forderungen nach Teilhabe und Veränderung, die sich seit dem Abtritt Adenauers immer hörbarer artikulierten. Für Picht gehörte „die Integration der Gruppeninteressen [deshalb] notwendig zum Prozess der Planung selbst“. Sein Planungsbegriff nahm die Partizipationsbedürfnisse

⁶⁷ *Dutschke/Krahl*, Das Sich-Verweigern; vgl. *Krahl*, Fünf Thesen, S. 334f.; vgl. ferner *Bollinger*, 1968, S. 113f.

⁶⁸ *Picht*, Prognose – Utopie – Planung, S. 48f.

im demokratisch-pluralistischen Parteien- und Verbände-staat nicht bloß als hemmende Randbedingung widerwillig zur Kenntnis.

Wie Picht maß auch der sozialdemokratische Planer Klaus von Dohnanyi der demokratischen Teilhabe den Stellenwert funktionaler Unverzichtbarkeit zu:

„Vorausschauende politische Arbeit ist in einer parlamentarischen Demokratie davon abhängig, dass Wähler und Interessengruppen für die Notwendigkeit langfristiger Überlegungen und Investitionen Verständnis haben. [...] Aus diesem Grunde darf das Gespräch über Notwendigkeit und Grenzen planender politischer Arbeit nicht auf die Planungsexperten der Parteien, Parlamente und der Bürokratie beschränkt bleiben. [...] Nur wenn die Notwendigkeit der Planung politisch verständlich und überzeugend begründet werden kann, werden wir ausreichende Kräfte für langfristige Ziele einsetzen können. Der Wähler bleibt der unerlässliche Verbündete.“⁶⁹

IV. Der westdeutsche Planungsboom

Die Vehemenz der Planungsdebatten in liberalkonservativen und sozialliberalen Kreisen legt den Schluss nahe, dass Mitte der 1960er Jahre ein lange aufgestauter Bedarf an diskursiver Überbrückung jener Kluft zwischen wettbewerbswirtschaftlicher Theorie und gemischtwirtschaftlicher Praxis freigesetzt wurde, die sich seit den frühen

⁶⁹ Von Dohnanyi, Grundlagen des Wählerverständnisses, S. 497.

1950er Jahren immer weiter geöffnet hatte. Denn praktisch lag Westdeutschland zwar im internationalen Vergleich weit zurück – planerisches Niemandsland freilich stellte die Bundesrepublik längst nicht mehr dar.⁷⁰

Doch ohne die diskursive Anbahnung des Planungsgedankens und seine sektorale Durchsetzung von Anfang bis Mitte der 1960er Jahre hätte der westdeutsche Planungsboom sich nicht so zügig entfalten können, als der eigentliche Durchbruch auf dem strategischen Feld der Wirtschaftspolitik erfolgte. Bald schon galt die neu entdeckte Planung als unentbehrliches Instrument einer technokratischen Verstetigung der Nachkriegsprosperität.⁷¹ Zusehends wurde der wirtschaftspolitische Eliten Diskurs in Wirtschaft und Wissenschaft, Medien und Politik von der Überzeugung geprägt, dass wirtschaftliche Prosperität als elementare Voraussetzung gesellschaftlicher Stabilität künftig planvoll organisiert werden müsse.⁷²

In den angelsächsischen Ländern hatte die dort grassierende (relative) Wachstumsschwäche⁷³ dieser Erkenntnis bereits auf der Ebene der operativen Wirtschaftspolitik zum Durchbruch verholfen. Selbst in den USA galten mittlerweile staatliche Eingriffe in die ge-

⁷⁰ Vgl. etwa die Hinweise bei *Doering-Manteuffel*, *Ordnung jenseits der politischen Systeme*, S. 404.

⁷¹ Vgl. dazu eingehend *Metzler*, „Geborgenheit im gesicherten Fortschritt“; *dies.*, *Konzeptionen politischen Handelns*.

⁷² Vgl. etwa *Müller*, *Kriterien für die Beurteilung staatlicher Einflussnahme*; *Stolze*, *Das Wirtschaftswunder*, S. 272.

⁷³ Vgl. dazu *Shonfield*, *Geplanter Kapitalismus*.

samtwirtschaftlichen Prozesse nicht nur als marktkonform, sondern als unerlässlich, um längerfristig stetige Wachstumsraten bei moderater Preisentwicklung zu gewährleisten. In der Bundesrepublik rückten die ökonomischen Eliten mehr und mehr von der bisherigen Politik des langjährigen Wirtschaftsministers und neuen Bundeskanzlers ab. Auch in der wirtschaftsnahen Presse wurde immer häufiger die Forderung laut, den marktliberalen Überredungsdirigismus Erhardscher Prägung durch ein rationales, wissenschaftsgestütztes System der indikativen Planung zu ersetzen.

Selbst prominente Wortführer der westdeutschen Industrie lehnten konjunkturverstetigende Eingriffe des Staats in das marktwirtschaftliche Geschehen nicht mehr grundsätzlich ab. Sie verlangten sogar nach einer öffentlichen Garantie mittel- und längerfristiger Rahmendaten der einzelwirtschaftlichen Aktivitäten.⁷⁴ Seit 1964 wurde der Hamburger Nationalökonom und Berliner Wirtschaftssenator Karl Schiller in seiner Eigenschaft als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD und rhetorisch auffälligster Befürworter einer Reorientierung an den amerikanischen „New Economics“ mehrfach demonstrativ in diesen publizistischen Diskurs der Wirtschaftseliten einbezogen. Unter der neuen Leitung Diether Stolzes, der ansonsten dezidiert wirtschaftsliberale Grundsatzpositionen vertrat, ließ auch das Wirtschaftsressort der einfluss-

⁷⁴ Vgl. etwa die Reflexion dieses Umorientierungs- und Entfremdungsprozesses durch einen damals aktiven CDU-Politiker: *Stoltenberg*, *Wendepunkte*, S. 126–136.

reichen Wochenzeitung „Die ZEIT“ seit 1963 regelmäßig prominente Befürworter eines „moderaten Keynesianismus“ aus dem In- und Ausland zu Wort kommen.⁷⁵ Dieser diskursive Vorlauf begünstigte das Zustandekommen eines wirtschaftspolitischen Modernisierungskartells von Sozialdemokratie und Christdemokraten sowie Arbeitsmarktparteien, Wissenschaft und Medien, nachdem die 1965/66 einsetzende Rezession und die 1966/67 nachfolgende Beschäftigungskrise den Attentismus Erhardscher Prägung auch in der Wahrnehmung der deutschen (Wahl-)Bevölkerung gründlich diskreditiert hatten.

Institutionellen Ausdruck fand das Krisenbündnis im Bundeskabinett der Großen Koalition und in der „Konzertierten Aktion“ des Frühjahrs 1967. Seine Basis war das gemeinsame Interesse aller Beteiligten an einer raschen ökonomischen und politischen Restabilisierung der Bundesrepublik durch die unverzügliche Rückkehr auf den Wachstumspfad der Wiederaufbaujahre. Mit seiner Attitüde eines „kühlen, technokratischen Rationalismus“ traf der neue Wirtschaftsminister Schiller offenkundig jenen Zeitgeist, der sich gegen Ende der Nachkriegszeit unter den jüngeren Altersgruppen der deutschen Funktionseliten in Wirtschaft, Gewerkschaften und Verwaltung rasch ausbreitete.⁷⁶ Im wohlkalkulierten Kontrast zu Erhards altväterlichen „Maßhalte“-Appellen zielte Schillers Rhetorik unverkennbar darauf ab, einen

⁷⁵ *Bührer*, DIE ZEIT und die soziale Marktwirtschaft, S. 121–124, hier: S. 123; vgl. *Nützenadel*, Konjunktur und Krise, S. 141.

⁷⁶ *Berghahn*, Unternehmer und Politik, S. 296f.

vernunftmäßig begründeten Elitenkonsens über die Ziele und Instrumente staatlicher „Globalsteuerung“ herzustellen.⁷⁷

Als öffentlichkeitswirksames Forum und als Instrument seiner Einbindungsstrategie diente Schiller die „Konzertierte Aktion“. Diese informelle Institution ging auf theoretische und praktische Ansätze des Jahres 1965 zurück.⁷⁸ Erklärtes Ziel der korporatistischen Großinszenierung war es, alle relevanten Akteure auf die Erfordernisse einer antizyklischen Wirtschaftspolitik einzuschwören, welche – im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung – den Maximen des „magischen Vierecks“ (Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Außenwirtschaftsgleichgewicht, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum) gerecht wurde. Die normative Grundlage des angestrebten tripartistischen Bündnisses zwischen Staat, Unternehmerschaft und Arbeitnehmern lieferte das „Stabilitätsgesetz“ vom Juni 1967. Wie der 1962/63 ins Leben gerufene Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage (SVR)⁷⁹ war es in der Substanz eine Hervorbringung der letzten Jahre Erhards als Wirtschaftsminister und Regierungschef.

⁷⁷ Zum Gesamtkomplex vgl. nunmehr umfassend *Nützenadel, Stunde der Ökonomen; Schanetzky, Die große Ernüchterung.*

⁷⁸ Vgl. dazu weiterhin grundlegend *Siekmann, Institutionalisierte Einkommenspolitik.* Zum Gesamtkomplex vgl. mit weiteren Hinweisen *Ruck, Republik der Runden Tische; ferner Schönhoven, Wendejahre, S. 130ff.; Rehling, Konfliktstrategie.*

⁷⁹ Vgl. dazu *Wegner, Im Blickpunkt: Sachverständigenrat.*

Der westdeutsche Konjunkturaufschwung von 1967/68 kam, was die objektiven Parameter anbelangt, wohl eher trotz als wegen der (vermeintlich) antizyklischen Fiskalpolitik der Bundesregierung zustande.⁸⁰ Gleichwohl darf der von Karl Schiller 1966/67 – bis zur Enttäuschung 1969/70 – erfolgreich inszenierte Kurswechsel der praktischen Wirtschaftspolitik als keynesianisch-korporatistischer „Paradigmenwechsel“ bezeichnet werden. Denn erstens hat der neue Wirtschaftsminister mit seinem – zumindest rhetorisch – schlüssigen Gesamtkonzept der Globalsteuerung einer nachfrageorientierten Prozesspolitik zum Durchbruch verholfen, die von 1967 bis 1969 fast ausnahmslos akzeptiert wurde; zweitens ist unter seiner Ägide die nachhaltige Verwissenschaftlichung (nicht nur) der Wirtschaftspolitik durchgesetzt worden; und drittens sind die drei anderen Maximen des „magischen Vierecks“ neben dem zuvor allzu dominierenden Ziel der Geldwertstabilität gebührend ins Bewusstsein gerückt und politisch zur Geltung gebracht worden.

Jedenfalls wurde die rasche Überwindung der westdeutschen Rezession von 1966/67 von den meisten Zeitgenossen der Globalsteuerung und dem sozialdemokratischen Ressortchef zugeschrieben. Diese Wahrnehmung begünstigte die flächenhafte Ausbreitung des Planungsansatzes auf anderen Politikfeldern ebenso wie jenen bundespolitischen „Machtwechsel“, der Ende 1969 die

⁸⁰ Vgl. dazu schon *Schlesinger*, Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik.

westdeutsche Planungskonjunktur erst recht in Fahrt brachte. Das Unwort der Nachkriegszeit umgab fortan ein „Flair des Fortschrittlichen“.⁸¹

Die verstärkt einsetzenden Planungsaktivitäten konzentrierten sich, neben der traditionellen Raumordnung⁸², vor allem auf zwei Politikfelder: das sozialstaatliche System und den Komplex Bildung, Wissenschaft und Forschung. Beide Politikfelder standen in besonders engem Bedingungs-zusammenhang zur wirtschaftlichen Prosperität.

Anfang der 1960er Jahre drohte ein wachsender Mangel an geeignetem „Humankapital“ den Modernisierungsprozess nachhaltig zu verzögern und die internationale Konkurrenzfähigkeit wie die Wachstumschancen der westdeutschen Volkswirtschaft zu verringern.⁸³ Den grassierenden „Bildungsnotstand“ brachte Georg Picht 1963/64 mit einer Serie von Presseartikeln auf die öffentliche Agenda.⁸⁴ Bezeichnenderweise löste der sozial-emanzipatorische Ruf nach vermehrter „Bildung als Bürgerrecht“ (Ralf Dahrendorf)⁸⁵ öffentliche Unruhe und politisch-planerische Aktivitäten erst zu einem Zeitpunkt aus, als sich die Warnungen vor einem baldigen Ende des wirtschaftlichen Nachkriegsbooms häuften. Offenkundig reagierte die westdeutsche Prosperitätsgesellschaft der

⁸¹ *Ellwein*, Politik und Planung, S. 7.

⁸² Vgl. dazu jetzt umfassend *Leendertz*, Ordnung schaffen.

⁸³ Vgl. *Lindlar*, Das missverstandene Wirtschaftswunder, S. 310f.

⁸⁴ *Picht*, Die deutsche Bildungskatastrophe. Vgl. in diesem Sinne schon *Jungk*, Unbewältigte Zukunft, S. 430f.

⁸⁵ *Dahrendorf*, Bildung ist Bürgerrecht.

späten Nachkriegszeit höchst sensibel auf alle Anzeichen dafür, dass die außergewöhnlichen Wohlfahrtssteigerungen der Rekonstruktionsperiode abflachen könnten. Anstelle des Wiederaufbaukonsenses der 1950er Jahre einte nunmehr die Wohlstands- und Wachstumsorientierung weite Teile der Arbeitnehmerschaft, die drei maßgeblichen Parteien und die jüngeren Kohorten der Funktionseliten.

Deren ökonomistische Problemwahrnehmungen und technokratische Verhaltensdispositionen legten eine Reform des Bildungswesens nahe, die in erster Linie auf eine planvolle und effiziente Ausschöpfung brach liegender „Bildungsreserven“ abzielte. Dafür mobilisierten Bund und Länder bereits während der ersten Hälfte der 1960er Jahre zusätzliche Ressourcen in beträchtlichem Umfang.⁸⁶ Gleichwohl stieß die vorrangige Orientierung der geplanten Bildungsexpansion am langfristigen Fachkräftebedarf in – zunächst nur kleinen – Teilen der akademischen Jugend auf rasch wachsende Vorbehalte. Mit inspiriert durch Beispiele aus dem westlichen Ausland wurden dort weitergehende „emanzipatorische“ Ansprüche an die Bildungsreform formuliert. Deren egalitärpartizipatorische Zielrichtung stieß bei vielen derjenigen in Politik, Verwaltung und Hochschulen auf Unverständnis und Widerstand, die sich mit Nachdruck für eine funktionale Modernisierung des Bildungswesens einsetz-

⁸⁶ Vgl. *Alber*, Der Sozialstaat, S. 104ff., insb. S. 105, Grafiken S. 22f. und 106f.; *Meulemann*, Expansion ohne Folgen?, insb. S. 125–127 und 154–156.

ten. Dahrendorfs liberaldemokratisches Plädoyer für substanziell erweiterte Bildungschancen war bis in die späten 1960er Jahre hinein durchaus nicht repräsentativ für die Programme, mit denen die aufziehende „Bildungskatastrophe“ abgewendet werden sollte.⁸⁷ Neben den Konflikten um die Notstandsgesetzgebung und um den Vietnamkrieg bezog die studentische Protestbewegung in Westdeutschland nicht zuletzt aus dieser technokratisch-utilitaristischen Zurichtung der Bildungsreform ihre zeitweilige Dynamik. Im Übrigen kann mit Blick auf den Verlauf und die Resultate der westdeutschen Bildungsexpansion der 1960er/1970er Jahre von einem planvoll durchgeführten Prozess gesellschaftlicher Modernisierung schwerlich gesprochen werden.⁸⁸

Noch stärker als der viel beschworene „Bildungsnotstand“ brach die sozialpolitische Entwicklung dem Planungsgedanken seine Bahn nach Westdeutschland. Zu Beginn der 1960er Jahre wurden auf dem Feld der Sozialpolitik nachhaltige Weichenstellungen vorgenommen. Gerade während dieser Übergangsperiode expandierte die Infrastruktur in einem Maße, das allenfalls mit den Anfangsjahren der Weimarer Republik vergleichbar

⁸⁷ Vgl. dazu knapp, aber instruktiv *Kleßmann*, *Zwei Staaten, eine Nation*, S. 256–264; vgl. ferner *Kenkmann*, *Von der bundesdeutschen „Bildungsmisere“ zur Bildungsreform*; *Rudloff*, *Bildungsplanung*; *Jessen*, *Zwischen Bildungsökonomie und zivilgesellschaftlicher Mobilisierung*, hier insb. S. 223f.; *Rohstock*, *Ist Bildung Bürgerrecht?*.

⁸⁸ So das nachvollziehbare Fazit von *Jessen*, *Zwischen Bildungsökonomie und zivilgesellschaftlicher Mobilisierung*, S. 231.

war.⁸⁹ Immer stärker traten nun die Staats- und Kommunalverwaltungen als Promotoren der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungsdynamik auf den Plan. Vor allem die jüngeren Jahrgänge der administrativen Eliten hatten mittlerweile fest jenes Leitbild des „Daseinsvorsorgestaats“ verinnerlicht, das auch im Godesberger Programm der Sozialdemokratie ausdrücklich verankert war.⁹⁰ Und so konnte ein deutscher Ministerialbeamter die von ihm benannte „Fülle von staatlichen ‚Plänen‘ und ‚Programmen‘“ bereits 1965 wie selbstverständlich mit der „Entwicklung zum modernen Sozialstaat“ rechtfertigen, „der seine mannigfachen Aufgaben ohne umfassende Planung nicht zu erfüllen vermag“.⁹¹

V. Von der Planungsbegeisterung zur Ernüchterung

Von Erhards „Überredungsdirigismus“ zu Schillers „Globalsteuerung“ war der qualitative Sprung gar nicht so groß. Umso drängender stellte sich gegen Ende der 1960er Jahre das doppelte Problem, die Verpflichtungsfähigkeit öffentlicher Planung zu erhöhen und zugleich den grassierenden Planungseifer zu kanalisieren. Im Zentrum stand dabei der ambitionierte Versuch, durch

⁸⁹ Vgl. dazu umfassend *Ruck/Boldorf*, Geschichte der deutschen Sozialpolitik seit 1945, Bd. 4. Vgl. allgemein *Ellwein*, Der Staat als Zufall und Notwendigkeit, Bd. 2, S. 336.

⁹⁰ Vgl. *Klein*, Das Berufsbild des Planers. Godesberger Programm: *Dowe/Klotzbach*, Programmatische Dokumente, S. 361–383, hier: S. 366.

⁹¹ *Kölble*, Pläne im Bundesmaßstab, S. 91.

eine mehrjährige Ressourcenplanung zumindest mittelbaren Einfluss auf die Aktivitäten der einzelnen Ressorts und der verschiedenen Gebietskörperschaften zu erlangen. Die offenkundigen Defizite der übergreifenden Budgetsteuerung machten sich besonders schmerzlich bemerkbar, weil an den sozial(demokratisch)en Interventions- und Zukunftssicherungsstaat immer höhere Ansprüche gestellt wurden. Doch schon im Laufe des Jahres 1970 scheiterte das organisatorische Kernstück des sozial-liberalen Reformprojekts – die ressort- und länderübergreifende Aufgaben- und Ausgabenplanung mit einem reorganisierten Kanzleramt als faktischer Bundesplanungszentrale – an realitätsfernen Annahmen über die technisch-administrativen Voraussetzungen und Kapazitäten, an mangelnder Einsicht in die Beharrungskraft hergebrachter Verwaltungsstrukturen und -routinen wie auch an der Geringschätzung sowohl regierungskollegialer als auch föderaler Reserve.⁹²

In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, ob zumindest die Vehemenz, mit der die sozial-liberalen Planungsanstrengungen – allen inneren und äußeren Hemmnissen zum Trotz – vorangetrieben wurden, auch eine Antwort auf die außerparlamentarische Protestbewegung von 1967/68 gewesen sein könnte. Womöglich haben sich die technokratischen „Diskurskoalitionen“ in

⁹² Vgl. dazu *Siß*, „Rationale Politik“ durch sozialwissenschaftliche Beratung?.

Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft⁹³ durch das gesellschaftlich-politische „Unruhe“-Szenario zu Zeiten der Großen Koalition⁹⁴ in ihrem Streben nach präventiver Prosperitätssicherung zusätzlich angetrieben gefühlt.⁹⁵

Das Beispiel des Frühkoordinationssystems der Bundesregierung deutet in eine andere Richtung. Denn wie nahezu sämtliche anderen Planungsvorhaben der Jahre 1969/70 stand das Projekt ersichtlich in der Kontinuität dessen, was seit 1963/66 von der christlich-liberalen Bundesregierung, dann der Großen Koalition an Vorarbeiten geleistet worden war – und zwar inhaltlich wie personell:

„Dieses Denken war in jener Zeit keine spezifisch sozialdemokratische oder gar sozialistische Ideologie, sondern beherrschte die öffentliche Diskussion auch in der Mitte und auf der Rechten des politischen Spektrums, und die sozial-liberale Koalition knüpfte später in vieler Hinsicht an die Planungsansätze an, die in der Großen Koalition unter Beteiligung der CDU/CSU entwickelt worden waren.“⁹⁶

⁹³ Zur theoretischen Fundierung dieses Begriffs und seiner praktischen Ausformung während der ‚langen‘ 1960er Jahre vgl. *Wagner*, Sozialwissenschaften und Staat, S. 25ff., insb. S. 31, sowie S. 374ff., insb. S. 376.

⁹⁴ Vgl. dazu für vieles *Schönhoven*, 1968, S. 54ff.

⁹⁵ Dies legte bereits 1969 ein Politikwissenschaftler der Konrad-Adenauer-Stiftung nahe: *Pütz*, „Reale Utopien“.

⁹⁶ *Lehmbruch*, Die Große Koalition, S. 46f.; vgl. etwa *Metzler*, Konzeptionen politischen Handelns, S. 351.

Gerade auch darin erblickten die sozialistische Linke und manche der ihr nahestehenden Sozialwissenschaftler ein Hauptmanko des sozial-liberalen Planungsbooms. Zwar bescheinigten sie den jüngeren Kohorten der Verwaltungsleute eine nachhaltige demokratisch-pluralistische Sozialisation und große Aufgeschlossenheit gegenüber systemoptimierenden Staatsinterventionen. Diese Strategien wurden jedoch durch die Handlungsdispositionen des administrativen Personals von vornherein auf „affirmative“ Eingriffe begrenzt.⁹⁷ Zudem entzog eine hermetische „Aura technokratischer Expertise und Planungsmacht“ vor allem den harten Kern der ökonomischen Globalplanung parlamentarischer wie öffentlicher Kontrolle.⁹⁸

Aus der ‚linken‘ Perspektive von 1968 hätte sich daraus eine neue Konfliktlinie zwischen modernisierungswilligen Verwaltungsleuten auf der einen und den Protagonisten planmäßiger Veränderungen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf der anderen Seite entwickeln müssen.⁹⁹ Doch dazu kam es nicht. Zwar folgte eine Dekade heftiger Auseinandersetzungen

⁹⁷ Vgl. dazu *Metzler*, Demokratisierung durch Experten?, S. 284f.

⁹⁸ *Gosewinkel*, Zwischen Diktatur und Demokratie, S. 358. Vgl. dazu *van Laak*, Planung, S. 317f. Vgl. aus säkularer Perspektive die Zweifel von *Doering-Manteuffel* an der grundsätzlichen Vereinbarkeit von expertokratischer Planung und demokratischer Partizipation; *ders.*, Ordnung jenseits der politischen Systeme, S. 401f.

⁹⁹ Vgl. etwa *Grottian*, Strukturprobleme staatlicher Planung, S. 164f. und 256; vgl. dazu allgemein *Ruck*, Beharrung im Wandel II, S. 90–95.

über den planerischen Nachlauf der 1960er Jahre. Doch die Zeit holistischer Großentwürfe war vorbei – auch auf Seiten der linken Planungskritiker aus dem Kontext der verebten Protestbewegung.

Im Übrigen wurde der konfliktträchtige Widerspruch von ausgreifenden Planungsszenarien und bürgerlichen Partizipationsansprüchen seit den frühen 1970er Jahren immer weniger innerhalb der konventionellen Institutionen demokratischer Repräsentation ausgetragen. Stattdessen erhob eine rasch wachsende Zahl informeller Bürgerinitiativen jeweils vor Ort vehementen Einspruch gegen Flurbereinigungen im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung¹⁰⁰ oder großdimensionierte Bauvorhaben, flächenhafte Stadtanierungen und andere Manifestationen hochfliegender Fortschritts- und Wachstumsphantasien.¹⁰¹ Diese dezentrale Protestbewegung zwang das Augenmerk der westdeutschen Planer in Verwaltung und Wissenschaft auf einen Aspekt zivilgesellschaftlicher Demokratisierung, den sie bisher noch kaum wahrgenommen hatten: die Widerständigkeiten unmittelbar Betroffener und ihrer aktivistischen Anwälte aus dem versprengten Potenzial der ‚68er‘.

Je länger desto deutlicher zeigte sich, dass in dem gesellschaftlichen Konflikt dreieck „Planung – Prosperität – Partizipation“ einander entfremdete Träger kultureller

¹⁰⁰ Vgl. dazu nunmehr *Mecking/Oebbecke*, Zwischen Effizienz und Legitimität.

¹⁰¹ Vgl. für vieles von *Alemann*, Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung.

Codes aufeinandertrafen, deren konkrete Utopien ebenso im fundamentalen Widerspruch zueinander standen wie ihre Rationalitätsbegriffe. Während die einen den Planungs- und Implementationsprozess durch die Hereinnahme partizipativer Elemente vor äußeren Hemmungen bewahren wollten, stellten die anderen das Wachstumsparadigma der 1960er Jahre mit dem dazugehörigen Steuerungsinstrumentarium grundsätzlich infrage. Weder mit den sozialistischen Gesellschaftsutopien der studentischen Protestbewegung noch mit der sozialtechnokratischen Planungseuphorie des vorausgegangenen Jahrzehnts hatten diese vom allgemeinen Wertewandel geschürten Initialkonflikte der Neuen Sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik noch viel zu tun.¹⁰²

VI. Stückwerk-Technik statt Gesellschaftsplanung

Die Reformgeschichte während der westdeutschen Planungsdekade von 1965 bis 1975 bietet manches Beispiel für konfliktträchtige Zusammenstöße von Planungsdenken und Partizipationsansprüchen, in denen sich das Dauerthema „Effizienz versus Legitimität“ um 1970 immer wieder neu konkretisierte.¹⁰³ Doch vor allem wurde das technokratische Planungsparadigma der späten

¹⁰² Vgl. dazu umfassend *Roth/Rucht*, Die sozialen Bewegungen in Deutschland. Zum Wertewandel in Westdeutschland vgl. jetzt *Rödder/Elz*, Alte Werte – Neue Werte.

¹⁰³ Vgl. etwa das Kapitel „Demokratie oder ‚Effizienz‘ – eine falsche Frage“, in: *Lompe*, Gesellschaftspolitik und Planung, S. 112–118.

1960er Jahre durch die krisenhafte Wirklichkeit desavouiert. Die Hoffnung, den „kurzen Traum immerwährender Prosperität“¹⁰⁴ über die Wiederaufbaujahre hinwegretten zu können, hatte dem Planungsgedanken 1966/67 auch in Westdeutschland schlagartig zum Durchbruch verholfen. Folgerichtig bahnte sich unter dem Eindruck der „Stagflation“ seit 1973/74 der praktisch-politische Paradigmenwechsel von der antizyklischen Nachfragesteuerung zur neoliberalen Angebotspolitik diskursiv an.¹⁰⁵

Auch deutsche Sozialdemokraten und Gewerkschafter mochten Mitte der 1970er Jahre nur noch wenig Zuversicht aus einem Blick in den „keynesianischen Instrumentenkasten“ der vormals hochgelobten Globalsteuerung zu schöpfen.¹⁰⁶ Bezeichnenderweise erklang kaum noch ernsthaftes Bedauern, als 1977 mit der „Konzertierten Aktion“ das herausragende Symbol dieser Politik auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. Vielmehr herrschte, bis an die unmittelbare Gegenwart heran, in der Bundesrepublik weit reichende Einigkeit darüber, dass Schillers – von ihm gern sogenannter – „runder Tisch der kollektiven Vernunft“¹⁰⁷ ein prinzipiell untaugliches „Instrument einer rationalen Stabilisierungspolitik“ war.¹⁰⁸

¹⁰⁴ Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität.

¹⁰⁵ Vgl. für vieles Schmitz, Die antizyklische Konjunkturpolitik; Schroeder, Der Weg in die Stagnation; Scherf, Enttäuschte Hoffnungen.

¹⁰⁶ Hauff/Scharpf, Modernisierung der Volkswirtschaft, S. 11.

¹⁰⁷ Zit. nach Markmann, Die Konzertierte Aktion, S. 772.

¹⁰⁸ Cassel, Die Konzertierte Aktion. Vgl. dazu eingehend Ruck, Republik der Runden Tische.

Diese Überzeugung gab der angebotsorientierten Kehrtwende gegen Ende der 1970er Jahre zusätzlichen Schub. Dass dieser Strategiewechsel weitgehend ungehindert vollzogen werden konnte, war aber auch eine Folge der Resignation vor jenen „Restriktionen politischer Planung“, die nun mehr und mehr zutage traten.¹⁰⁹

Auf diese Hemmnisse internen wie externen Ursprungs konzentrierte sich ab Mitte der 1970er Jahre, nachdem „das Scheitern einer politischen Planung in der Bundesrepublik offensichtlich“ geworden schien¹¹⁰, das Erkenntnisinteresse vieler Sozialwissenschaftler in Westdeutschland. Die einen analysierten nun ‚von oben‘ die entscheidungshemmenden Konsequenzen der „Politikverflechtung“ im kaum durchschaubaren „Mehrebenensystem“ jenes „Kooperativen Föderalismus“, welcher zu Zeiten der Großen Koalition als Planungsverbund der Zukunft gefeiert worden war.¹¹¹ Die Mehrzahl der anderen versuchte dem Problem der grassierenden „Planungs-

¹⁰⁹ Vgl. für vieles *Ronge/Schmieg*, Restriktionen politischer Planung.

¹¹⁰ *Murswieck*, Regierungsreform durch Planungsorganisation, Umschlagtext.

¹¹¹ Vgl. dazu *Lehmbruch*, Die Große Koalition, S. 47ff., sowie den Überblick von *Wagener*, System einer integrierten Entwicklungsplanung. Vgl. allgemein die grundlegenden Bände von *Scharpf*, Politikverflechtung; *ders./Reisert/Schnabel*, Politikverflechtung II; *Hesse*, Politikverflechtung im föderativen Staat. Vgl. ferner *Garlichs*, Politikformulierung und Implementierung im föderativen Staat.

lags“ und „Implementationsdefizite“ mit empirischen Detailstudien ‚von unten‘ beizukommen.¹¹²

Methodisch inspiriert durch angelsächsische Studien erleichterten es deren Befunde, das Scheitern der jeweiligen Projekte im Nachhinein besser zu verstehen.¹¹³ Die elementaren Probleme vorausschauender Planung indes halfen sie nicht zu lösen: Komplexität der Wirklichkeit¹¹⁴, Mangel an relevanten oder Überfluss an verarbeitbaren Informationen, erratischer Wechsel sektoraler Planungsprioritäten¹¹⁵, individueller und kollektiver Eigensinn von Planern, Verwaltern und Beplanten.¹¹⁶

Gleichwohl hielt sich bis zum plötzlichen Ende des Nachkriegsbooms in den Industriestaaten der westlichen Hemisphäre noch ein Rest der einstigen Hoffnung, Prosperität, Planung und Partizipation würden in einer modernisierten Wachstumsstrategie miteinander vereinbar sein. Dieser Illusion kam in den Turbulenzen des Welt-

¹¹² Vgl. für vieles die aus dem gleichnamigen, 1976 gegründeten Projektverbund hervorgegangenen Bände von *Mayntz*, *Implementation politischer Programme*, Bd. 1 und 2; vgl. ferner *Hellstern/Wollmann*, *Experimentelle Politik*; vgl. auch die westdeutsche Pionierstudie von *Derlien*, *Die Erfolgskontrolle staatlicher Planung*.

¹¹³ Vgl. dazu *van Laak*, *Planung*, S. 322f.

¹¹⁴ Vgl. etwa *Scharpf*, *Komplexität als Schranke politischer Planung*.

¹¹⁵ Vgl. *Wagener*, *System einer integrierten Entwicklungsplanung*, S. 130f.

¹¹⁶ Vgl. etwa *Schatz*, *Systemimmanente Grenzen politischer Planung*, insb. S. 153; *Laux*, *Regierungspläne und Verwaltungsorganisation*, in: *Regierungsprogramme und Regierungspläne*, S. 109–131, insb. S. 116f. und 130f. Vgl. *van Laak*, *Planung*, S. 323.

währungssystems und im Gefolge der „Ölkrise“ von 1973/74 ihr materieller Nährboden abhanden.¹¹⁷

Zwar wurde nun gelegentlich vorgeschlagen, auf der Suche nach Alternativen aufgeschlossener als bisher gen Osten zu schauen.¹¹⁸ Doch auch im Zeichen der äußeren Entspannung kamen die planbewirtschafteten Staatshandelsländer als sozioökonomisches Referenzmodell weniger denn je in Betracht. Dafür war deren wirtschaftliche Performanz offenkundig allzu defizient – vom eklatanten Mangel an individuellen und politischen Freiheitsgraden ganz zu schweigen. Nüchtern stellte der sozialdemokratische Bundesminister für Forschung und Technologie und vormalige Funktionär der Industriegewerkschaft Metall, Hans Matthöfer, dazu fest:

„Die mit Hilfe zentraler Pläne gelenkten Wirtschaften des sowjetischen Machtbereichs sind in ökonomische Sackgassen gelangt, weil der Mangel an demokratischen Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten und die polizeistaatliche Repression es zwar erlauben, die Konsumquote niedrig und die Investitionsquote hoch zu halten, gleichzeitig aber Bürokratisierung, mangelnde Motivation der arbeitenden Bevölkerung und organisatorische

¹¹⁷ Vgl. Metzler, Demokratisierung durch Experten?, S. 412ff.; Hoffmann, Ölpreisschock und Utopieverlust; Schönhoven, Zwischen Euphorie und Ernüchterung, S. 82f. und 85f. Vgl. allgemein Hohensee, Der erste Ölpreisschock.

¹¹⁸ So etwa von Buse, Integrierte Systeme staatlicher Planung, S. 209.

Schlampereien die Produktivität drastisch vermindern.“¹¹⁹

Eher schon richtete sich nun mancher Blick auf der Suche nach neuen Orientierungspunkten in den Fernen Osten. Immerhin schien dort ein prosperierendes „System der planorientierten Marktwirtschaft“ die grundsätzliche Vereinbarkeit der drei „P-Ziele“ praktisch zu belegen.¹²⁰ Japans erstaunliche Erfolge auf den Weltmärkten täuschten allerdings einige sozialdemokratische Modernisierer für kurze Zeit darüber hinweg, dass es sich bei Nippons Wachstumskartell um ein eng vernetztes Bündnis von staatlicher Wirtschaftsbürokratie, Großfinanz und Großindustrie handelte, dessen eigentümliche Spielregeln kaum mit jenen Partizipationsforderungen ‚von unten‘ vereinbar gewesen wären, mit denen sie es in Westdeutschland zu tun hatten.

Daheim scheiterte gleichzeitig der wohl ehrgeizigste Versuch, zumindest die zukünftige Dekade planerisch und politisch in den Griff zu bekommen. Im Frühjahr 1970 hatte der Saarbrücker SPD-Parteitag ein „Langzeitprogramm“ in Auftrag gegeben. Daraus wurde binnen zwei Jahren der „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens 1973 bis 1985“.¹²¹ Der Hannover-

¹¹⁹ Vorwort zu: *Hauff/Scharpf*, Modernisierung der Volkswirtschaft, S. 7f., hier: S. 7. Vgl. allgemein *Ruck*, Vom „geplanten Wunder“.

¹²⁰ *Hauff/Scharpf*, Modernisierung der Volkswirtschaft, S. 115f.

¹²¹ Aufschlussreiche Einblicke in die politische Debatte über systemstabilisierende versus systemüberwindende Planung gewährt etwa: *Scharping/Wollner*, Demokratischer Sozialismus und Langzeitprogramm.

raner Parteitag trug Mitte 1973 einer zweiten Kommission auf, der ursprünglich als „vorwiegend ökonomische, zeitlich begrenzte Handlungsanleitung“ gedachten Programmschrift eine mehr grundsätzliche Dimension zu geben. Nach vielen Kommissionsberatungen und intensiven Diskussionen innerhalb der Partei wie in der weiteren Öffentlichkeit lag zwei Jahre später ein umfangliches Konvolut auf dem Tisch der Parteitagsdelegierten, das wie zu Zeiten der sozialdemokratischen Gründerväter einen allgemeinen Grundsatzteil und einen besonderen Teil mit konkreten Reformzielen enthielt. Allein der allgemeine Teil füllt mehr als 100 Druckseiten. Mitte November 1975 in Mannheim beschlossen, verschwand der „Orientierungsrahmen ’85“ alsbald in den Sammlungen historischer Parteidokumente.¹²² Der besondere Teil wurde direkt als „Material“ den Ablagen überantwortet. Bereits in seiner Entstehungsphase wurde dieses Monument gesellschaftsplanerischer Selbstüberhebung auch von wohlmeinenden Beratern sozialdemokratischer Reformpolitik zur bevorzugten Zielscheibe ironisch sublimierter Planungsskepsis auserkoren – etwa von Fritz W. Scharpf in seinem 1973 veröffentlichten Beitrag: „Das Langzeitprogramm. Ein Ritt auf dem Papiertiger“.¹²³

Der hoch ambitionierte „Orientierungsrahmen ’85“ war nicht zuletzt auch ein Kind jener ‚68er‘, die Willy

¹²² Abgedr. in: *Dowe/Klotzbach*, Programmatistische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, S. 388–496. Zum Entstehungsprozess vgl. die Vorbemerkung ebd., S. 385–387.

¹²³ *Scharpf*, Das Langzeitprogramm, in: *ders.*, Planung, S. 151–162.

Brandts Ruf von 1969 gefolgt waren, den liberal-demokratischen Sozialstaat in und mit der Sozialdemokratischen Partei planvoll und umfassend zu reformieren. Sein sang- und klangloses Schicksal illustriert denn auch paradigmatisch das Scheitern der „Ontologen“ am Ende der ‚langen‘ 1960er Jahre. Und es nährt die Zweifel an der These, im Wesentlichen seien die 1970er Jahre doch ein „sozialdemokratisches Jahrzehnt“ gewesen.¹²⁴

Es folgte die hohe Zeit jener sozialtechnologischen Stückwerk-Technik des „peacemeal social engineering“ (Karl R. Popper), welche unter der Ägide des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (1974–1982) als regierungsoffizielles Leitbild installiert¹²⁵ und

¹²⁴ *Faulenbach*, Die Siebzigerjahre. Vgl. dazu kritisch *Bernhard*, Rezension von: Die Siebzigerjahre. Ein Ökonom am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB (WSI) merkte 1978 beiläufig an: „Den Höhepunkt dieser Diskussion [über die Umsetzung des Reformprogramms Willy Brandts vom 28. Oktober 1969; M.R.] bildete in der SPD aus heutiger Sicht die Auseinandersetzung um das 1972 zunächst als ‚Langzeitprogramm‘ vorlegte, später ‚Orientierungsrahmen OR ’85‘ genannte mittelfristige politische Programm, das vom Mannheimer Parteitag am 14.11.1975 als ‚Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985‘ beschlossen wurde und *danach für die praktische Politik fast völlig in den Hintergrund trat.*“; *Bußmann*, Zeitbedarf von politischen Reformen, S. 573f. (Hervorhebungen von M.R.).

¹²⁵ Vgl. dazu etwa *Schönhoven*, Zwischen Euphorie und Ernüchterung, S. 84ff.

als „experimentelle Politik“ in zahllosen Modellversuchen implementiert wurde¹²⁶, um seitdem Heerscharen spezialisierter Planer und Evaluatoren im Umfeld der „neuen Institutionen einer staatlichen Zukunftsverwaltung“¹²⁷ dauerhafte Beschäftigung zu bieten.¹²⁸

VII. Ausblick

Im Zeichen einer fortgeschrittenen „Politisierung der Expertise“¹²⁹ und angesichts häufiger Missweisungen selbst kurzfristiger Prognosen stehen inzwischen auch dieser rationalistische Planungsansatz und mit ihm der Mitgestaltungsanspruch der „Experten“ zusehends infrage. Bereits 15 Jahre vor dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme, der als „Ende des utopischen

¹²⁶ Als zeitgenössische „Bestandsaufnahme der Reformverfahren mit politischen und sozialen Modellversuchen der 70er Jahre“ (Umschlagtext) vgl. etwa *Hellstern/Wollmann*, Experimentelle Politik.

¹²⁷ *Macho*, Prognose statt Utopie?, S. 249.

¹²⁸ Zur anpassenden Umorientierung der *policy*-orientierten Sozialforschung in Richtung projektbezogener „Begleitforschung“ vgl. *Wagner*, Sozialwissenschaften und Staat, S. 418 und 435ff. Zur ungebrochenen Expansion der Expertenkultur seit Mitte der 1970er Jahre vgl. den Hinweis bei *Nützenadel*, Stunde der Ökonomen, S. 362. Vgl. auch die lesenswerten, erfahrungsgespeisten Bemerkungen von *Böhret*, Hofnarren, Denkfabriken, Politik-Coach.

¹²⁹ Vgl. dazu im Einzelnen *Schanetzky*, Die große Ernüchterung, S. 184–211.

Zeitalters“ missdeutet wurde¹³⁰, blieb Ernst Blochs Warnung vor einem „Abschied von der Utopie“¹³¹ weithin ungehört. Und nach dem vermeintlichen „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) wird konkrete Utopie, so scheint es, nicht einmal mehr in kleiner Münze ausbezahlt.¹³² Im politischen Feuilleton sind „Utopieverdrossenheit und Utopieschelte“ en vogue.¹³³

Angesichts der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise erscheint die programmgeleitete Zukunftsgestaltung erst recht anachronistisch. Seit dem 15. September 2008 – dem Tag, als die US-Bank Lehman Brothers fallierte – „verdrängte“ unvermittelt „die Gegenwart die Zukunft“: „Beschreiben, was auf Politik zukommt – oder anpacken, was konkret vor einem liegt? Wer letzteres nicht leistet, wird für Ersteres kein Gehör finden.“ Denn „schließlich beginnt die Zukunft in jeder Sekunde neu“.¹³⁴

Die Konsequenz sozialdemokratischer Programmplanner im Wahlkampffjahr 2009 gleicht den Prioritätensetzungen ihrer Vorgänger unter dem Eindruck der Ölkrise

¹³⁰ *Fest*, Der zerstörte Traum. Zur „Krise der klassischen Utopietradition“ und der „Utopiedebatte in der Bundesrepublik“ nach dem „Zusammenbruch des Realsozialismus“ vgl. eingehend *Saage*, Utopische Profile, Bd. 4, S. 499ff.

¹³¹ Der Rundfunkvortrag vom 1. Dezember 1974 ist abgedr. in: *Bloch*, Abschied von der Utopie?, S. 76–82.

¹³² Zu den Konsequenzen des fortschreitenden „Verlust[s] utopischer Potenziale der Zukunftsorientierung“ seit den späten 1970er Jahren vgl. *van Laak*, Planung, S. 320.

¹³³ *Berghahn*, Ende des utopischen Zeitalters?, S. 15; vgl. *ders.*, Zur Begriffsgeschichte der Utopie, S. 165. Vgl. auch *Schaper-Rinkel*, Rezension, S. 1, 5 und 7.

¹³⁴ *Dausend*, Zukunft Nummer vier.

im Wahlkampfjahr 1976: „Wir müssen darauf setzen, dass wir im Hier und Jetzt die besseren Antworten haben.“¹³⁵ Unter solchen Auspizien musste der „Aktionsplan gegen die Krise der Gegenwart“ dazu herhalten, zumindest „in Teilen künftige Politik“ zu beschreiben. Nicht die konkrete Utopie ausgefeilter Parteiprogramme ist in solchen Zeiten gefragt, sondern das situative Handeln im Angesicht der Krise: „Heute Abend kann die Welt schon anders aussehen als noch heute Morgen. Für Zukunftsplaner [...] bedeutet dies, dass man das Morgen variabler formulieren muss als früher, flexibler. [...] So macht man Zukunft in Krisenzeiten.“¹³⁶

Freilich hat derlei Krisenreaktionsprogrammatische ihren Preis. Im tagespolitischen Geschäft lassen hektische Kurswechsel das Profil der Volksparteien weiter verschwimmen. Dazu vermittelt gleich klingende Begleitrhetorik den irritierenden Eindruck programmatischer Konvergenz. Er macht es den Parteistrategen merklich schwerer, gegen die grassierende Apathie der Anhänger- und Wählerschaft zu mobilisieren. Eine plausible Darstellung grundsätzlicher Gestaltungsperspektiven im Sinne eines dynamischen Zukunftsentwurfs, wie ihn Rolf Kreibich am Ausgang des 20. Jahrhunderts eingefordert hat, könnte diesem Trend vielleicht entgegen wirken:

¹³⁵ So der damalige SPD-Bundesgeschäftsführer und Wahlkampforganisator Kajo Wasserhövel im April 2009; zit. nach *Dausend*, Zukunft Nummer vier.

¹³⁶ Ebd.

„Der Duden führt aus: ‚Utopie ist ein als unausführbar geltender Plan ohne reale Grundlage.‘ [...] Mir [sind] die Begriffe ‚Visionen‘ – ‚Leitbilder‘ – ‚Zukunftsentwürfe‘ – ‚Zukünfte‘ lieber [...], weil sie nicht auf Ideales und Abgeschlossenes, sondern auf Besseres, Schöneres, Korrigierbares, Vorläufiges, Prozessuales und die Wirklichkeit zielen. Leitbildern und realen Visionen nähert man sich tendenziell an, mit einer realen Chance und realen Mitteln.“¹³⁷

Dieser Vorschlag meint im Grunde nichts anderes als die „Erneuerung des ‚Prinzips Hoffnung‘, d[as] die Utopie mit einem Fahrplan auszustatten suchte (Ernst Bloch)“.¹³⁸ Flüchtige Aktionsprogramme mit reichlich „Weißraum für Änderungen“¹³⁹ genügen diesem Anspruch einer konkreten gesellschaftlichen Utopie ebenso wenig wie jene von allerlei „Trendforschern“ und Strategieberatern bevölkerten „Nischen [...], in denen die älteren Techniken der Zukunftsschau bis heute überleben: Orakel, Visionen, Prophezeiungen und Utopien“.¹⁴⁰ Ob andererseits die aktuelle Planungsform des „Zukunftsprojekts“ den erforderlichen Grad an Stringenz und Nachhal-

¹³⁷ *Kreibich*, Bleiben wir auf dem Weg in die transnationale Gesellschaft zukunftsfähig?, S. 44.

¹³⁸ Redaktion Widerspruch, Zum Thema: 1968, S. 10; vgl. dazu *Grund*, Ernst Bloch.

¹³⁹ *Dausend*, Zukunft Nummer vier.

¹⁴⁰ *Macho*, Prognose statt Utopie?, S. 249.

tigkeit entfalten kann, müsste sich erst noch erweisen.¹⁴¹ Ein monumental-enzyklopädischer Zukunftsentwurf wie der sozialdemokratische „Orientierungsrahmen ’85“ taugt jedenfalls nicht als Vorbild künftiger Programmarbeit.

VIII. Literaturverzeichnis

- Alber, Jens, *Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950–1983*, Frankfurt am Main/New York 1983.
- Albrecht, Karl, *Planifikateure beim Werk. Wirtschaft zwischen Zwang und Freiheit*, Düsseldorf/Wien 1964.
- Alemann, Ulrich von (Hrsg.), *Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung*, Opladen 1978.
- Assheuer, Thomas, *Alltag in der Krise. Die Welt ist aus den Fugen, aber wir trinken Glühwein. Wie geht das zusammen? Eine Inspektion unseres Epochengefühls*, in: *Die ZEIT*, 17.12.2008, S. 49.
- Baumgart, Ralf/Eichener, Volker, *Norbert Elias zur Einführung*, Hamburg 1991.
- Bebel, August, *Die Frau und der Sozialismus. Mit einem einleitenden Vorwort von Eduard Bernstein*, Nachdr. der 1929 erschienenen Jubiläumsausgabe, Berlin/Bonn 1977 (zuerst 1883).

¹⁴¹ Zum aktuellen „Zukunftsprojekt“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Perspektive 2020 vgl. *Dauderstädt*, *Eine Zukunft für Soziale Demokratie*; *Fischer*, *Zukunft wird gemacht*; *Boll/Woyke*, „Mit uns zieht die neue Zeit!“. Vgl. dazu allgemein *van Laak*, *Planung*, S. 325: „Die Planung tritt uns heute eher in Form von Projekten gegenüber, die sehr kontrolliert ablaufen, aber keine Gewährleistung auf Fortsetzung mehr haben, wenn sie sich ihrerseits nicht bewähren“.

- Bebel und sein „Zukunftsstaat“ vor dem Reichstag. Nach den stenographischen Berichten der Verhandlungen des Reichstags vom 12., 13., 14. u. 31. Januar und 3., 4., 6. u. 8. Februar 1893 nebst Erläuterungen, hrsg. v. Volksverein für das katholische Deutschland, Köln 1893.
- Berghahn, Klaus L., Ende des utopischen Zeitalters? Vorwort, in: ders., Zukunft in der Vergangenheit. Auf Ernst Blochs Spuren, Bielefeld 2008, S. 9–15.
- Berghahn, Klaus L., Zur Begriffsgeschichte der Utopie. Nachwort, in: ders., Zukunft in der Vergangenheit. Auf Ernst Blochs Spuren, Bielefeld 2008, S. 161–171.
- Berghahn, Volker, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1985.
- Bernhard, Patrick, Rezension von: Die Siebzigerjahre. Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland (Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 44), Bonn 2004, in: sehpunkte 5, 2005, Nr. 5, URL: <<http://www.sehpunkte.historicum.net/2005/05/7397.html>> [22.6.2010].
- Bloch, Ernst, Abschied von der Utopie? Vorträge, hrsg. v. Hanna Gekle, Frankfurt am Main 1980.
- Böhret, Carl, Hofnarren, Denkfabriken, Politik-Coach. Chancen und Schwierigkeiten der Politikberatung damals und heute, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hrsg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 369–380.
- Boll, Friedhelm/Woyke, Meik, „Mit uns zieht die neue Zeit!“. Sozialdemokratie ohne Utopie?, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 56, 2009, H. 3, S. 31–33.
- Bollinger, Stefan, 1968 – Die unverstandene Weichenstellung, Berlin 1968.
- Bouvier, Beatrix, Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960–1966, Bonn 1990.
- Bührer, Werner, DIE ZEIT und die soziale Marktwirtschaft, in: Christian Haase/Axel Schildt (Hrsg.), DIE ZEIT und die Bon-

- ner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, Göttingen 2008, S. 113–129.
- Büscher, Wolfgang, Ein Land kommt zu sich. Von Versailles über Herrenchiemsee nach Berlin. Eine Reise durch die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Die ZEIT, 19.2.2009, S. 2f.
- Buse, Michael J., Integrierte Systeme staatlicher Planung. Theoretische Grundlagen und praktische Erfahrungen im internationalen Vergleich, Baden-Baden 1974.
- Buse, Michael J./Dewitz, Dina von (Hrsg.), Bibliographie zur politischen Planung (Planung, Bd. 7), Baden-Baden 1974.
- Bußmann, Ludwig, Zum Zeitbedarf von politischen Innovationen, in: Bodo B. Gemper (Hrsg.), Stabilität im Wandel. Wirtschaft und Politik unter dem evolutionsbedingten Diktat. Festschrift für Bruno Gleitze zum 75. Geburtstag, Berlin 1978, S. 573–588.
- Caldwell, Peter C., Plan als Legitimationsmittel, Planung als Problem. Die DDR als Beispiel staatssozialistischer Modernität, in: Geschichte und Gesellschaft 34, 2008, S. 360–374.
- Cassel, Dieter, Die Konzertierte Aktion. Instrument einer rationalen Stabilisierungspolitik?, in: ders./Gernot Gutman/Hans Jürgen Thieme u.a. (Hrsg.), 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Konzeption und Wirklichkeit, Stuttgart 1972, S. 251–273.
- Dahrendorf, Ralf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.
- Dahrendorf, Ralf, Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1968.
- Dauderstädt, Michael, Eine Zukunft für Soziale Demokratie, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 56, 2009, H. 3, S. 33–36.
- Dausend, Peter, Zukunft Nummer vier. Und wieder braucht die SPD ein Wahlprogramm. Aber wie erklärt man das Übermorgen, wenn man über das Morgen nichts weiß?, in: Die ZEIT, 16.4.2009, S. 7.

- Derlien, Hans-Ulrich, Die Erfolgskontrolle staatlicher Planung. Eine empirische Untersuchung über Organisation, Methode und Politik der Programmevaluation, Baden-Baden 1976.
- Doering-Manteuffel, Anselm, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55, 2007, S. 559–581.
- Doering-Manteuffel, Anselm, Ordnung jenseits der politischen Systeme. Planung im 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 34, 2008, S. 398–406.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.
- Dowe, Dieter/Klotzbach, Kurt (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 2., überarb. und aktual. Aufl., Berlin/Bonn 1984.
- Dutschke, Rudi, Vom Antisemitismus zum Antikommunismus, in: Uwe Bergmann/Rudi Dutschke/Wolfgang Lefevre u.a. (Hrsg.), Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek 1968, S. 58–85.
- Dutschke, Rudi/Krahl, Hans-Jürgen, Das Sich-Verweigern erfordert Guerilla-Mentalität. Gemeinsames Organisationsreferat, vorgelesen am 5. September 1967 auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS in der Frankfurter Mensa, URL: <<http://www.infopartisan.net/archive/1967/266716.html>> [22.6.2010].
- Elias, Norbert, Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, Bd. 2: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation (Gesammelte Schriften, Bd. 3, bearb. v. Heike Hammer), Frankfurt am Main 1997.
- Ellwein, Thomas, Politik und Planung, Stuttgart/Berlin etc. 1968.
- Ellwein, Thomas, Der Staat als Zufall und Notwendigkeit. Die jüngere Verwaltungsentwicklung in Deutschland am Beispiel Ostwestfalen-Lippe, Bd. 2: Die öffentliche Verwaltung im gesellschaftlichen und politischen Wandel 1919–1990, Opladen 1997.

- Engels, Friedrich, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (Marxistische Taschenbücher)*, Frankfurt am Main [1970] (zuerst 1880).
- Faulenbach, Bernd, *Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44, 2004, S. 1–37.
- Fest, Joachim, *Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters*, Berlin 1993.
- Fischer, Michael, *Zukunft wird gemacht*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 56, 2009, H. 3, S. 27–30.
- Frank, Dietrich, *Politische Planung im Spannungsverhältnis zwischen Regierung und Parlament*, Meisenheim am Glan 1976.
- Frese, Mathias/Paulus, Julia/Teppe, Karl (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit in der Bundesrepublik*, Paderborn/München etc. 2005.
- Friedrich, Hans-Edwin, „One Hundred Years from this Day...“ – Zur Semantik der Zukunft in den 1960er Jahren. *Science Fiction der Bundesrepublik Deutschland und Wissenschaftliche Phantastik der DDR*, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hrsg.), *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich*, Weilerswist 2004, S. 133–163.
- Garlichs, Dietrich, *Politikformulierung und Implementierung im föderativen Staat*, in: Renate Mayntz (Hrsg.), *Implementation politischer Programme*, Bd. 1: *Empirische Forschungsberichte*, Königstein im Taunus/Opladen 1980, S. 20–35.
- Gilcher-Holtey, Ingrid, *Das Mandat des Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie*, Berlin 1986.
- Glass, Ruth, *The Evaluation of Planning: Some Sociological Considerations*, in: *The Study and Practice of Planning (International Social Science Journal*, Bd. 11, Nr. 3), hrsg. v. der UNESCO, Paris 1959, S. 393–409.
- Gosewinkel, Dieter, *Zwischen Diktatur und Demokratie. Wirtschaftliches Planungsdenken in Deutschland und Frankreich. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Mitte der 1970er Jahre*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 34, 2008, S. 327–359.

- Graf, Rüdiger, *Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933*, München 2008.
- Grottian, Peter, *Strukturprobleme staatlicher Planung. Eine empirische Studie zum Planungsbewusstsein der Bonner Ministerialbürokratie und zur staatlichen Planung der Unternehmenskonzentration und des Wettbewerbs (GWB)*, Hamburg 1974.
- Grund, Johann Jakob, Ernst Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, in: *Widerspruch* 48, 2008, S. 21–24.
- Hauff, Volker/Scharpf, Fritz W., *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*, Frankfurt am Main/Köln 1975.
- Hellstern, Gerd-Michael/Wollmann, Helmut (Hrsg.), *Experimentelle Politik – Reformstrohfeuer oder Lernstrategie. Bestandaufnahme und Evaluierung*, Opladen 1983.
- Hentschel, Volker, Ludwig Erhard. *Ein Politikerleben*, München/Landsberg am Lech 1996.
- Hesse, Joachim J. (Hrsg.), *Politikverflechtung im föderativen Staat. Studien zum Planungs- und Finanzierungsverbund zwischen Bund, Ländern und Gemeinden*, Baden-Baden 1978.
- Hoffmann, Dierk, *Ölpreisschock und Utopieverlust. Getrennte Krisenwahrnehmung und Krisenbewältigung (1973)*, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.), *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*, Berlin 2008, S. 213–234.
- Hohensee, Jens, *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1996.
- Hölscher, Lucian, *Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 1989.
- Hölscher, Lucian, *Utopie*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 733–788.

- Hölscher, Lucian, Die verschobene Revolution. Zur Generierung historischer Zeit in der deutschen Sozialdemokratie vor 1933, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003, S. 219–231.
- Jarausch, Konrad (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008.
- Jessen, Ralph, Zwischen Bildungsökonomie und zivilgesellschaftlicher Mobilisierung. Die doppelte deutsche Bildungsdebatte der sechziger Jahre, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hrsg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, Weilerswist 2004, S. 209–231.
- Jochimsen, Reimut/Treuner, Peter, Staatliche Planung in der Bundesrepublik, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 843–864.
- Jungk, Robert, Unbewältigte Zukunft, in: Richter, Hans W. (Hrsg.), Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962. Sechsendreißig Beiträge deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München/Wien etc. 1962, S. 428–431.
- Jungk, Robert, Die Zukunft gestalten. Modellskizze eines Institutes für Planforschung, in: Wege ins neue Jahrtausend. Wettkampf der Planungen in Ost und West. Achtzehn Beiträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten (Modelle für eine neue Welt, Bd. 2), München/Wien etc. 1964, S. 551–556.
- Jungk, Robert, Gesucht: ein neuer Mensch. Skizze zu einem Modell des Planers, in: Robert Jungk/Hans J. Mundt (Hrsg.), Der Griff nach der Zukunft (Modelle für eine neue Welt, Bd. 1), München/Wien etc. 1964, S. 505–516.
- Jungk, Robert/Mundt, Hans J. (Hrsg.), Der Griff nach der Zukunft (Modelle für eine neue Welt, Bd. 1), München/Wien etc. 1964.
- Jungk, Robert/Mundt, Hans J. (Hrsg.), Wege ins neue Jahrtausend. Wettkampf der Planungen in Ost und West. Achtzehn Beiträge

- internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten (Modelle für eine neue Welt, Bd. 2), München/Wien etc. 1964.
- Jungk, Robert/Mundt, Hans J. (Hrsg.), Deutschland ohne Konzeption? Am Beginn einer neuen Epoche. Zwanzig Beiträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten (Modelle für eine neue Welt, 3), München/Wien etc. 1964.
- Kaiser, Joseph H. (Hrsg.), Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft (Planung, Bd. 1), Baden-Baden 1965.
- Kaiser, Joseph H., Vorwort, in: ders., Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft (Planung, Bd. 1), Baden-Baden 1965, S. 7–9.
- Kaiser, Joseph H. (Hrsg.), Planung international (Planung, Bd. 4), Baden-Baden 1970.
- Kaiser, Joseph H. (Hrsg.), Integrierte Systeme der Planung und Budgetierung (Planung, Bd. 6), Baden-Baden 1971.
- Kautsky, Karl, Thomas More und seine Utopie. Mit einer historischen Einleitung, unveränd. Nachdr. der 3. Aufl. 1913, Berlin 1947 (zuerst 1888).
- Kautsky, Karl, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert, Berlin 1965 (zuerst 1892), URL: <<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1892/erfurter/index.htm>> [22.6.2010].
- Kautsky, Karl, Thomas More, in: ders./Paul Lafargue, Vorläufer des neueren Sozialismus, Bd. 3: Die beiden ersten großen Utopisten, Stuttgart/Berlin 1921, S. 9–60.
- Kenkmann, Alfons, Von der bundesdeutschen „Bildungsmisere“ zur Bildungsreform in den 60er Jahren, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 2000, S. 402–423.
- Kershaw, Ian, Vier Begriffe für ein Jahrhundert. Was nützt uns eine ‚Neue Politikgeschichte‘?, in: Norbert Frei (Hrsg.), Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts?, Göttingen 2006, S. 148–155.

- Klages, Helmut, Planungspolitik. Probleme und Perspektiven der umfassenden Zukunftsgestaltung, Stuttgart/Berlin etc. 1971.
- Klein, Peter-Jörg, Das Berufsbild des Planers in der öffentlichen Verwaltung. Ein Beitrag zum Selbstverständnis des modernen Verwaltungsmannes, Köln/München etc. 1971.
- Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, 2., überarb. und erw. Aufl., Bonn 1997, S. 256–264.
- Klotzbach, Kurt, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Bonn 1996 (zuerst 1982).
- Kölble, Josef, Pläne im Bundesmaßstab oder auf bundesrechtlicher Grundlage, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft (Planung, Bd. 1), Baden-Baden 1965, S. 91–121.
- Krahl, Hans-Jürgen, Fünf Thesen zu „Herbert Marcuse als kritischer Theoretiker der Emanzipation“, in: ders., Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution. Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966–1970, Frankfurt am Main 1971, S. 298–302.
- Krahl, Hans-Jürgen, Zu Lenin: Staat und Revolution, in: ders., Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution. Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966–1970, Frankfurt am Main 1971, S. 182–190.
- Kreibich, Rolf, Bleiben wir auf dem Weg in die transindustrielle Gesellschaft zukunftsfähig?, in: Werner Jann/Klaus König/Christine Landfried u.a. (Hrsg.), Politik und Verwaltung auf dem Weg in die transindustrielle Gesellschaft. Carl Böhret zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 1998, S. 29–44.
- Laux, Eberhard, Regierungspläne und Verwaltungsorganisation, in: Regierungsprogramme und Regierungspläne. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 40. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, 1972, Berlin 1973, S. 109–131.

- Leendertz, Ariane, *Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2008.
- Lehmbruch, Gerhard, *Die Große Koalition und die Institutionalisierung der Verhandlungsdemokratie*, in: Max Kaase/Günther Schmid (Hrsg.), *Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland (WZB-Jahrbuch 1999)*, Berlin 1999, S. 41–61.
- Lenk, Kurt, *Aspekte der gegenwärtigen Planungsdiskussion in der Bundesrepublik*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 7, 1966, S. 364–376.
- Lindlar, Ludger, *Das missverstandene Wirtschaftswunder. Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität*, Tübingen 1997.
- Lompe, Klaus, *Gesellschaftspolitik und Planung. Probleme politischer Planung in der sozialstaatlichen Demokratie*, Bern/Stuttgart 1976.
- Lutz, Burkart, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main/New York 1989.
- Macho, Thomas, *Prognose statt Utopie? Zur Geschichte des Umgangs mit der Zukunft*, in: *Forschung & Lehre* 16, 2009, S. 248–249.
- Markmann, Heinz, *Die Konzertierte Aktion in der Krise*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 28, 1977, S. 771–774.
- Mayntz, Renate (Hrsg.), *Implementation politischer Programme*, Bd. 1: *Empirische Forschungsberichte*, Königstein im Taunus/Opladen 1980.
- Mayntz, Renate (Hrsg.), *Implementation politischer Programme*, Bd. 2: *Ansätze zur Theoriebildung*, Königstein im Taunus/Opladen 1983.
- Mecking, Sabine/Oebbecke, Janbernd (Hrsg.), *Zwischen Effizienz und Legitimität. Kommunale Gebiets- und Funktionalreformen in der Bundesrepublik in historischer und aktueller Perspektive*, Münster 2009.

- Metzler, Gabriele, Demokratisierung durch Experten? Aspekte politischer Planung in der Bundesrepublik, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hrsg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, Weilerswist 2004, S. 267–287.
- Metzler, Gabriele, „Geborgenheit im gesicherten Fortschritt“. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit, in: Mathias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit in der Bundesrepublik, Paderborn/München etc. 2005, S. 777–797.
- Metzler, Gabriele, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn/München etc. 2005.
- Metzler, Gabriele/van Laak, Dirk, Die Konkretion der Utopie. Historische Quellen der Planungsutopien der 1920er Jahre, in: Isabel Heinemann/Patrick Wagner (Hrsg.), Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006, S. 23–43.
- Meulemann, Heiner, Expansion ohne Folgen? Bildungschancen und sozialer Wandel in der Bundesrepublik, in: Wolfgang Glatzer (Hrsg.), Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 123–157.
- Meyer, Thomas, Utopie, in: ders./Karl-Heinz Klär/Susanne Miller u.a. (Hrsg.), Lexikon des Sozialismus, S. 692–693.
- Miller, Susanne, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit, Frankfurt am Main 1964.
- Müller, J. Heinz, Kriterien für die Beurteilung staatlicher Einflussnahme auf die Wirtschaft, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft (Planung, Bd. 1), Baden-Baden 1965, S. 307–319.
- Munier, Gerald, Thomas Morus. Urvater des Kommunismus und Katholischer Heiliger, Hamburg 2008.

- Murswieck, Axel, *Regierungsreform durch Planungsorganisation. Eine empirische Untersuchung zum Aufbau von Planungsstrukturen im Bereich der Bundesregierung*, Opladen 1975.
- Negt, Oskar, *Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht*, Göttingen 1995.
- Nützenadel, Alexander, *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974*, Göttingen 2005.
- Nützenadel, Alexander, *Konjunktur und Krise. Die Wirtschaftsberichterstattung der ZEIT zwischen Expertenkultur und Politik (1946–1990)*, in: Christian Haase/Axel Schildt (Hrsg.), *DIE ZEIT und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung*, Göttingen 2008, S. 130–143.
- Osterroth, Franz/Schuster, Dieter, *Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 3: Nach dem Zweiten Weltkrieg*, Berlin/Bonn 1980.
- Picht, Georg, *Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation*, Olten/Freiburg im Breisgau 1964.
- Picht, Georg, *Prognose – Utopie – Planung. Die Situation des Menschen in der Zukunft der technischen Welt*, Stuttgart 1968.
- Plitzko, Alfred (Hrsg.), *Planung ohne Planwirtschaft. Frankfurter Gespräch der List-Gesellschaft, 7. bis 9. Juni 1963*, Basel/Tübingen 1964.
- Polanyi, George, *Planning in Britain: The Experience of the 1960s. A Study of the Theory and Practice of Planning in Britain and of the Lessons of Failure*, hrsg. v. Institute of Economic Affairs, London 1967.
- Pütz, Helmuth, „Reale Utopien“ als politische Integrationsfaktoren in der Bundesrepublik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*, B 9/69, 1.3.1969, S. 27–32, abgedr. in: *Reale Utopien. Glanz und Elend der Parteien*, hrsg. vom Institut für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1970, S. 11–22.
- Redaktion *Widerspruch*, *Zum Thema: 1968 – Ideen – Entwürfe – Utopien*, in: *Widerspruch* 48, 2008, S. 9–13.

- Rehling, Andrea, *Konfliktstrategie und Konsenssuche in der Krise. Von der Zentralarbeitsgemeinschaft zur Konzertierte(n) Aktion, Baden-Baden 2011.*
- Rödter, Andreas/Elz, Wolfgang (Hrsg.), *Alte Werte – Neue Werte. Schlaglichter des Wertewandels, Göttingen 2008.*
- Rohstock, Anne, *Ist Bildung Bürgerrecht? Wege zur Bildungsexpansion im doppelten Deutschland (1965), in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.), Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 135–160.*
- Ronge, Volker/Schmiege, Günter (Hrsg.), *Politische Planung in Theorie und Praxis, München 1971.*
- Ronge, Volker/Schmiege, Gunter, *Restriktionen politischer Planung, Frankfurt am Main 1973.*
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York 2008.*
- Ruck, Michael, *Beharrung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Verwaltung im 20. Jahrhundert (II), in: Neue Politische Literatur 43, 1998, S. 67–112.*
- Ruck, Michael, *Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 2000, S. 362–401.*
- Ruck, Michael, *Die Republik der Runden Tische. Konzertierte Aktionen, Bündnisse und Konsensrunden, in: André Kaiser/Thomas Zittel (Hrsg.), Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg, Wiesbaden 2004, S. 333–356.*
- Ruck, Michael, *Westdeutsche Planungsdiskurse und Planungspraxis der 1960er Jahre im internationalen Kontext, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hrsg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, Weilerswist 2004, S. 289–325.*

- Ruck, Michael, Planung als Utopie. Gesellschaftsutopien der 68er und gesellschaftliche Planungseuphorie in den sechziger Jahren, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 47, 2008, H. 1, Nr. 181, S. 13–22.
- Ruck, Michael, Vom „geplanten Wunder“ zur „Pleite der Praxis“. Wahrnehmungen der DDR-Planwirtschaft in der westdeutschen Wirtschaftspresse während des Jahrzehnts der Entspannung, in: Detlev Brunner/Mario Niemann (Hrsg.), Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung, Paderborn 2011, S. 391–411.
- Ruck, Michael/Boldorf, Marcel (Hrsg.), Geschichte der deutschen Sozialpolitik seit 1945, Bd. 4: 1957–1966. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstands, hrsg. vom Bundesarchiv/Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Baden-Baden 2007.
- Rudloff, Wilfried, Bildungsplanung in den Jahren des Bildungsbooms, in: Mathias Frese/Julia Paulus/Karl Tepe (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit in der Bundesrepublik, Paderborn/München etc. 2005, S. 259–282.
- Saage, Richard, Utopische Profile, Bd. 3: Industrielle Revolution und Technischer Staat im 19. Jahrhundert, Münster 2002.
- Saage, Richard, Utopische Profile, Bd. 4: Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhunderts, Münster 2003.
- Schanetzky, Tim, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007.
- Schaper-Rinkel, Petra, Rezension von: Richard Saage, Utopische Profile, Bd. 1 bis 4, Münster 2001–2004, in: H-Soz-u-Kult, 22.9.2008, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2008-3-182.pdf>> [22.6.2010].
- Scharpf, Fritz W., Planung als politischer Prozess. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie, Frankfurt am Main 1973.
- Scharpf, Fritz W., Das Langzeitprogramm. Ein Ritt auf dem Papiertiger, in: ders., Planung als politischer Prozess. Aufsätze zur

- Theorie der planenden Demokratie, Frankfurt am Main 1973, S. 151–162.
- Scharpf, Fritz W., Komplexität als Schranke politischer Planung, in: Gesellschaftlicher Wandel und politische Innovation. Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Mannheim, Herbst 1971 (PVS-Sonderheft 4), Opladen 1972, S. 168–192, abgedr. in: ders., Planung als politischer Prozess. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie, Frankfurt am Main 1973, S. 73–113.
- Scharpf, Fritz W., Politikverflechtung. Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik, Kronberg im Taunus 1976.
- Scharpf, Fritz W./Reissert, Bernd/Schnabel, Fritz (Hrsg.), Politikverflechtung II. Kritik und Berichte aus der Praxis, Berlin 1977.
- Scharping, Rudolf/Wollner, Friedhelm (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus und Langzeitprogramm. Diskussionsbeiträge zum Orientierungsrahmen '85 der SPD, Reinbek 1973.
- Schatz, Heribert, Systemimmanente Grenzen politischer Planung in der BRD. Zum Problem von Strukturinnovationen im Bereich von Bundesregierung und Bundesverwaltung, in: Gesellschaftlicher Wandel und politische Innovation. Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Mannheim, Herbst 1971 (PVS-Sonderheft 4), Opladen 1972, S. 153–167.
- Schelsky, Helmut, Planung der Zukunft. Die rationale Utopie und die Ideologie der Rationalität, in: Soziale Welt 17, 1966, S. 155–172.
- Scherf, Harald, Enttäuschte Hoffnungen – vergebene Chancen. Die Wirtschaftspolitik der Sozial-Liberalen Koalition 1969–1982, Göttingen 1986.
- Schlesinger, Helmut, Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Willi Albers/Karl Erich Born/Helmut Hesse u.a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW), Bd. 1, Stuttgart/New York 1977, S. 499–513.
- Schmidt-Gernig, Alexander, Das „kybernetische Zeitalter“. Zur Bedeutung wissenschaftlicher Leitbilder für die Politikberatung

- am Beispiel der Zukunftsforschung der 60er und 70er Jahre, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hrsg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 349–368.
- Schmidt-Gernig, Alexander, „Futurologie“ – Zukunftsforschung und ihre Kritiker in der Bundesrepublik in der 60er Jahre, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hrsg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich, Weilerswist 2004, S. 109–131.
- Schmitz, Wolfgang, Die antizyklische Konjunkturpolitik – eine Illusion. Grenzen der ‚Machbarkeit‘ durch Globalsteuerung, Frankfurt am Main 1976.
- Schönhoven, Klaus, Der Heidelberger Programmparteitag von 1925: Sozialdemokratische Standortbestimmung in der Weimarer Republik (1995), in: ders., Arbeiterbewegung und soziale Demokratie in Deutschland. Ausgewählte Beiträge, hrsg. v. Hans-Jochen Vogel/Michael Ruck, Bonn 2002, S. 211–226.
- Schönhoven, Klaus, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004.
- Schönhoven, Klaus, 1968 – Zeitenwende in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland?, in: Beatrix Bouvier/Michael Schneider (Hrsg.), Geschichtspolitik und demokratische Kultur. Bilanz und Perspektiven, Bonn 2008, S. 45–61.
- Schönhoven, Klaus, Zwischen Euphorie und Ernüchterung: SPD-dominierte Bundesregierungen, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln/Weimar etc. 2008, S. 77–97.
- Schroeder, Klaus, Der Weg in die Stagnation. Eine empirische Studie zur Konjunkturpolitik und Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik von 1967–1982, Opladen 1984.
- Shonfield, Andrew, Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA, Köln 1968.
- Siekmann, Helmut, Institutionalisierte Einkommenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Gesetzliche Regelung und bisherige Praxis, München 1984.

- Smaldone, William, Rudolf Hilferding. Tragödie eines deutschen Sozialdemokraten, Bonn 2000.
- Stoltenberg, Gerhard, Wendepunkte. Stationen deutscher Politik 1947–1990, Berlin 1997.
- Stolze, Diether, Das Wirtschaftswunder – Glanz der Zahlen und Statistiken, in: Hans W. Richter (Hrsg.), Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962. Sechszwanzig Beiträge deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München/Wien etc. 1962, S. 264–274.
- Süß, Winfried, „Rationale Politik“ durch sozialwissenschaftliche Beratung? Die Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform 1966–1975, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hrsg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004, S. 329–348.
- Thamer, Hans-Ulrich, Sozialismus als Gegenmodell. Theoretische Radikalisierung und Ritualisierung einer Protestbewegung, in: Mathias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit in der Bundesrepublik, Paderborn/München etc. 2005, S. 741–758.
- Van Laak, Dirk, Planung. Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft, in: Geschichte und Gesellschaft 34, 2008, S. 305–326.
- Von Berlepsch, Hans-Jörg, „Sozialistische Sozialpolitik“? Zur sozialpolitischen Konzeption und Strategie der SPD in den Jahren 1949 bis 1966, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 461–482.
- Von Dohnanyi, Klaus, Grundlagen des Wählerverständnisses für Planungsaufgaben, in: Robert Jungk/Hans J. Mundt (Hrsg.), Der Griff nach der Zukunft (Modelle für eine neue Welt, Bd. 1), München/Wien etc. 1964, S. 497–504.
- Von Oertzen, Hans-Joachim, Transparenz im Planungsprozess der Regierung, in: Joseph H. Kaiser (Hrsg.), Integrierte Systeme der Planung und Budgetierung (Planung, Bd. 6), Baden-Baden 1971, S. 11–27.

- Wagener, Frido, System einer integrierten Entwicklungsplanung im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden, in: Politikverflechtung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, hrsg. v. der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 1975, S. 129–165.
- Wagner, Peter, Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980, Frankfurt am Main/New York 1990.
- Waschkuhn, Arno, Politische Utopien, München/Wien 2003.
- Wegner, Klaus, Im Blickpunkt: Sachverständigenrat und Konjunktur- und Wachstumspolitik der Bundesregierung seit 1964, 2., erw. und überarb. Aufl., Frankfurt am Main 1985.
- Winkler, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984.
- Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985.

Michael Dauderstädt

„Zukunft 2020“ – DiskursMachtZukunft

Dieser Beitrag will einerseits das Projekt „Zukunft 2020“ der Friedrich-Ebert-Stiftung vorstellen und es andererseits kritisch, angesichts der historischen Erfahrungen mit sozialdemokratischen Zukunftsentwürfen, wie sie der Beitrag von Michael Ruck darlegt, reflektieren.

Das Zukunftsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung

Das Zukunftsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung entstand als Reaktion auf die Befunde der Prekariatsstudie¹ von 2006, die ein beunruhigendes Ausmaß an sozialer Spaltung und politischer Frustration in Deutschland belegte. Das Projekt sollte Strategien und Politiken identifizieren und kommunizieren, die es erlauben, bis zum Jahr 2020 ein soziales Deutschland zu erreichen.

Darunter verstehen wir: Eine freie, solidarische und kinderfreundliche Gesellschaft mit gleichen Chancen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe unabhängig von Geschlecht und Herkunft; eine lebendige Demokratie mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern; eine nachhaltig wachsende Wirtschaft mit guter Arbeit für alle; ein vorsorgender Sozialstaat, der mehr Bildung und Gesundheit ermöglicht; ein Land, das in Europa und

¹ Gero Neugebauer, Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007.

der Welt Verantwortung für Frieden und sozialen Fortschritt übernimmt.

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung spielte aufgrund der thematischen Ausrichtung zwangsläufig eine zentrale Rolle in diesem Projekt. Sie konnte dabei auf ein ähnliches Projekt der Abteilung unter Leitung von Jochem Langkau aus den Jahren 1996 bis 1998 zurückgreifen, als eine Zukunftskommission aus prominenten Sozialwissenschaftlern eine Studie² vorlegte, die einen Weg zu wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialem Zusammenhalt und ökologischer Nachhaltigkeit aufzeigen wollte.

Auch das 2009 abgeschlossene Projekt „Zukunft 2020“ hat die ökonomischen Grundlagen für ein soziales Deutschland analysiert und in einem Dialog zwischen Wissenschaft, Politik, Praxis und Öffentlichkeit Konzepte und Politiken erarbeitet. Inhaltliches Kernziel war ein möglichst hohes, sozial ausgeglichenes Wohlstandsniveau in Deutschland, das nicht nur durch Steigerung der marktbezogenen Mehrarbeit und auf Kosten der Nachhaltigkeit erzielt wird. Vielmehr resultiert es aus einer langfristigen Steigerung der sozialen Produktivität, worunter die reale Wertschöpfung pro Arbeitseinsatz unter Vermeidung zusätzlicher Belastungen der Arbeitnehmer, Verbraucher und der Umwelt zu verstehen ist.

² Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg, Bonn 1998.

Zu diesem Zweck hatte die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik mehrere Studien vergeben, darunter:

1. **Ländervergleich von Wohlstandsindikatoren:** Es sollten Länder (vorwiegend aus dem OECD-Raum) verglichen werden, um zu prüfen, inwieweit sie nicht nur nach traditionellen Kriterien (zum Beispiel BIP/Kopf) erfolgreich sind, sondern auch im Sinne unserer Zielbeschreibung, also unter Berücksichtigung von Beschäftigung, Verteilung, Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit.
2. **Länderstudien:** Länder, die sozial/nachhaltig erfolgreich sind und eine hohe soziale Produktivität aufweisen, wurden im Detail untersucht, um von ihren Entwicklungspfaden und Strategien/Politiken zu lernen. Dazu waren Wachstumspfade und ihre Produktions-, Investitions- und Konsummuster zu identifizieren, die den Wohlstand nachhaltig gesteigert haben. Für dieses Teilprojekt wurde ein Team des Conference Board unter Leitung von Bart van Ark verpflichtet.
3. **Szenarios für Deutschland:** Bestimmung eines oder mehrerer unterschiedlicher Szenarien für Deutschland im Jahr 2020. Die Szenarien wurden dann mit entsprechenden Wachstumspfaden analog zu den Länderstudien (2.) unterlegt, die mit einem geeigneten makroökonomischen Modell auf Konsistenz abgesichert wurden. Für dieses Teilprojekt

wurde ein Team von Bartsch Econometrics verpflichtet.

Die Ergebnisse dieser drei Teilprojekte flossen in einen breiten Diskurs zu Strategien und Politiken für ein soziales Deutschland ein, der gemeinsam von allen Abteilungen der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert wurde. Dabei ging es über den wirtschafts- und sozialpolitischen Kern hinaus auch darum, Leitbilder wie Bürgergesellschaft, Geschlechtergerechtigkeit, Integration oder soziales Europa mit Leben zu füllen.

Gesellschaftliche Zukunftsentwürfe – ein ohnmächtiger Diskurs?

Ein Strang der Kritik an Zukunftsentwürfen entspringt einer starken Skepsis gegenüber Prognose- und Planungsansätzen. Dieser Kritik ist sicher insofern zuzustimmen, dass es schwierig, wenn nicht unmöglich ist, die Zukunft ganzer Gesellschaften vorherzusagen oder gar zu planen. Sie unterschlägt aber, dass alle Menschen individuell und in vielen kollektiven Strukturen (beispielsweise Familien, Vereine, Unternehmen, staatliche Institutionen) Planungen mit unterschiedlichen Zeithorizonten machen, die sich immer implizit und gelegentlich explizit auf Prognosen stützen. Denn jede planvolle Handlung fokussiert ein Ziel, einen antizipierten künftigen Zustand, dessen Erreichung als Folge von Handlungsschritten gesehen wird.

Schon in Systemen ohne weiteren menschlichen Einfluss, deren Ursache-Wirkungsketten im Kern Naturgesetzen folgen, stehen diese Planungen auf wackeligem epistemologischem Boden. Seit Gödel, Heisenberg und Mandelbrot wissen wir, dass weder die Konsistenz der Mathematik, noch die Messbarkeit der physikalischen Realität gesichert, und die Entwicklung dynamischer Systeme (zum Beispiel des Wetters) praktisch unvorhersehbar ist. Trotzdem bauen und nutzen wir technische Konstrukte und vertrauen ihnen sogar unser Leben an.

In gesellschaftlichen Systemen steigt die Unübersichtlichkeit exponentiell. Die Ursache-Wirkungszusammenhänge folgen keinen Naturgesetzen, sondern menschlichen Entscheidungen. Jede individuelle Planung muss Annahmen über die Planungen der Mitmenschen machen. Die letztliche Abstimmung aller individuellen oder kollektiven Planungen erfolgt in vielfältigen gesellschaftlichen Systemen, von denen der Markt eines der wichtigsten und am besten erforschten ist. Seine herrschende Theorie unterstellt ein rigides Verhaltensmodell für die einzelnen Marktteilnehmer im Sinne der Nutzenmaximierung (*homo oeconomicus*). Sein Ziel ist ein Gleichgewicht, in dem der Nutzen aller insofern maximiert ist, dass keiner mehr besser gestellt werden kann, ohne dass ein anderer schlechter gestellt wird (Pareto-Optimum). Dieses Ziel erreicht man angeblich, indem man den Markt möglichst ungezügelt seine Wirkung entfalten lässt.

Dieses liberal-neoklassische Gedankenmodell der Ökonomie war nie unumstritten und wird heute – vor allem in der wirtschaftswissenschaftlichen Spitzenforschung (zum Beispiel experimentelle Ökonomie) – mehr denn je in Zweifel gezogen. Aber trotzdem dominiert dieses Modell seit den 1980er Jahren den gesellschaftlichen Diskurs. Auf dem Hintergrund der Krise des keynesianisch-fordistischen Systems, das 30 glorreiche Jahre lang Wohlstand für alle geschaffen hatte, eroberte das monetaristisch-neoliberale Paradigma mit seiner Staatskritik und seinem Marktvertrauen die Köpfe. Die inzwischen erreichte Hegemonie seiner mikroökonomischen Sichtweise zeigt sich beispielsweise in jeder Debatte zum Arbeitsmarkt, in welcher der Öffentlichkeit eingehämmert wird, er funktioniere wie der Apfelmarkt: Sinke der Preis (= Lohn), so steige die Nachfrage (= Beschäftigung).

Aus einer postmodernen Diskurskritik heraus ist klar, dass es sich dabei um eine interessengeleitete Konstitution von sozialen Realitätselementen und den angeblich unbestreitbar belegten oder ableitbaren Kausalzusammenhängen handelt. Aber das ist wenig tröstlich und rechtfertigt nicht die politisch-diskursive Enthaltensamkeit. Denn wie man am Beispiel der keynesianischen Revolution vor 1950 oder der neoliberalen in den 1970er Jahren sehen kann, können Paradigmenwechsel erst das gesellschaftliche Denken und dann das Handeln verändern. Was für die große Wirtschaftspolitik gilt, gilt ähnlich auch in vielen relativ autonomen Politikfeldern. Interes-

sen bestimmen die Agenda, prägen die Begriffe und die unterstellten Wirkungszusammenhänge.

Die deutsche Debatte der letzten Dutzend Jahre bestätigt dies. Pessimistische Zukunftsvisionen hatten in den letzten Jahren Konjunktur in Deutschland. Der Präsident des ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, bezweifelte, ob Deutschland noch zu retten sei.³ Meinhard Miegel, ehemaliger Direktor des bis 2008 existierenden Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn (IWG Bonn), spricht von den „geplatzten Wohlstandsillusionen“.⁴ Bernd Raffelhüschen, Berater der Regierung, der liberalen Initiative für eine neue soziale Marktwirtschaft und von Versicherungen, sieht in Deutschland einen Flächenbrand und seine Generationenbilanzen als Brandmelder.⁵ Auch der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung spottete „Deutschland – ein Trägheitsmärchen“.⁶ Daran hat selbst der Aufschwung wenig geändert: Horst W. Opaschowski, bis 2010 wissenschaftlicher Leiter der Stiftung für Zukunftsfragen, stellt in seinem neuesten Buch

³ *Hans-Werner Sinn*, *Ist Deutschland noch zu retten?*, München 2003.

⁴ *Meinhard Miegel*, *Die deformierte Gesellschaft*, Berlin/München 2002, S. 256ff.

⁵ *Christian Hagist/Bernd Raffelhüschen/Olaf Weddige*, *Brandmelder der Zukunft – Die Generationenbilanz 2004*, URL: <<http://www.vwl.uni-freiburg.de/fakultaet/fiwiI/publikationen/142.pdf>> [14.6.2011].

⁶ *Ulrich Pfeiffer* (Federführung), *Deutschland in den nächsten 30 Jahren: die Zukunft gestalten*. Positionspapier zum Kongress des Managerkreises, Berlin 2001, S. 13, URL: <<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01157.pdf>> [14.6.2011].

fest: „Die Deutschen werden ärmer.“⁷ Selbst das Wissenschaftszentrum Berlin befürchtet: „Man wird die Zukunftsfähigkeit Deutschlands nicht gegen oder ohne die Politik sichern können, durch sie aber auch nicht.“⁸

Dagegen nehmen sich einige Zukunftsstudien aus wirtschaftsnahen Institutionen geradezu optimistisch aus. Die Deutsche Bank Research sieht zumindest positive Szenariooptionen.⁹ Das Institut der deutschen Wirtschaft glaubt „Der Wohlstand hat Zukunft“.¹⁰ Aber hier muss – wie auch bei Hans-Werner Sinn und anderen – eine bessere Zukunft durch Lohnzurückhaltung und Rückbau des Sozialstaats erkaufte werden. Der angeblich aufgeblähte, nicht mehr finanzierbare deutsche Wohlfahrtsstaat ist der größte gemeinsame Nenner aller Studien.

Es sind vor allem drei Entwicklungen, die diese apokalyptischen Visionen nähren: 1. die Globalisierung, 2. die Demografie und 3. die Staatsverschuldung.

Der Pessimismus ist profitabel. Die Probleme sind anscheinend immer nur zu lösen, wenn die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden – durch weni-

⁷ Horst W. Opaschowski, *Minimex*. Das Zukunftsmodell einer sozialen Gesellschaft, Gütersloh 2007, S. 57ff.

⁸ Jürgen Kocka (Hrsg.), *Zukunftsfähigkeit Deutschlands*. Sozialwissenschaftliche Essays (WZB-Jahrbuch 2006), Berlin 2007, S. 20.

⁹ Deutsche Bank Research, *Deutschland im Jahr 2020*. Neue Herausforderungen für ein Land auf Expedition, URL: <www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000209842.pdf> [14.6.2011].

¹⁰ Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), *Vision Deutschland*. Der Wohlstand hat Zukunft, Köln 2005.

ger Einkommen und/oder weniger Freizeit. Das ist ökonomischer Unsinn, denn Wachstum, das nur auf der Nachfrage einer immer schmaleren Schicht von Reichen gründet, ist nicht nachhaltig. Dieser ist aber auch politisch nicht mehr zu verkaufen. Die Welle liberaler Propaganda hat den Zenit ihrer Glaubwürdigkeit überschritten. Der Gegenentwurf darf jedoch nicht nur die Gesinnung sozialer Gerechtigkeit atmen, er muss auch die Verantwortung für handfeste wirtschaftliche Entwicklung übernehmen.

„Zukunft 2020“: Interesse und Diskurs

Das Zukunftsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitete an diesem Gegenentwurf. Sein wirtschaftspolitischer Ansatz konzentrierte sich auf die realen Schlüsselgrößen der Wohlstandsentwicklung: Arbeit und Produktivität. Aber er berücksichtigte, dass Arbeit mehr ist als Erwerbsarbeit. Freizeit, Zeit für Sorgearbeit und menschliche Arbeitsbedingungen sind gleichwertige Bestandteile von Wohlfahrt. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, zwischen diesen Komponenten abzuwägen. Abzuwägen ist auch, inwieweit Menschen, die aufgrund von Alter, Behinderung oder anderen Belastungen weniger produktiv sind, zur Erwerbsarbeit angehalten werden sollen.

Unser Ansatz geht davon aus, dass Produktivität Wohlstand mehrt, aber nur dann, wenn jenseits von Preiseffekten und unmenschlicher Intensivierung der

Arbeit der reale Output pro Arbeitsstunde quantitativ und/oder qualitativ steigt. Gute Arbeit ist im Zweifelsfall die produktivere Arbeit. Produktivität, deren Wertschöpfung auf der Ausplünderung des Verbrauchers durch schlechte Qualität und vermachtete Märkte beruht, ist nicht sozial. Für die Steigerung der sozialen Produktivität sind öffentliche und private Investitionen in Menschen, Anlagen und Infrastruktur, Innovation und Strukturwandel nötig. Unser Ansatz sucht einen Wachstumspfad, bei dem die ärmeren Menschen durch Integration ins Beschäftigungssystem und höhere Produktivität mehr zur Wertschöpfung beitragen und so das Einkommen erzielen, um mehr zu konsumieren.

Wir vermuten weder dogmatisch, dass der Staat alles besser kann, noch dass er alles schlechter macht als der Markt und private Unternehmen. Wir sehen Steuern und Abgaben nicht als Enteignung, sondern als den notwendigen Preis für eine effiziente Versorgung mit öffentlichen Gütern und eine angemessene Risikovorsorge. Anstrengungen, um die Produktivität zu verbessern, sind sowohl im Staat wie in der Wirtschaft nötig und erhöhen im Erfolgsfall immer den gesellschaftlichen Wohlstand. Soziale Produktivität ist auf eine intelligente Arbeitsteilung zwischen Staat, Markt, Bürgergesellschaft und Familie (nicht nur den Frauen!) angewiesen.

Dieser Entwurf entsteht nicht im Elfenbeinturm. Er bedarf der Kommunikation durch einen organisierten Diskurs mit Partnern in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien. Im Zuge dieses Prozesses müs-

sen konkretere Aspekte herausgearbeitet, Interessen abgeglichen, Politiken identifiziert und Allianzen für die Umsetzung geschmiedet werden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung kann dazu nur ein Katalysator sein, der Erfolg hängt davon ab, dass zwischen den großen Akteuren die Chemie stimmt.

Zu den Autoren

Prof. Dr. Michael Ruck

wurde 1954 in Kiel geboren; Studium der Geschichtswissenschaft, Geografie und Wirtschaft/Politik; 1980–2001 zunächst Wissenschaftlicher Mitarbeiter, dann Hochschuldozent an der Universität Mannheim; seit 2001 Professor an der Universität Flensburg, mittlerweile als Direktor am Institut für Politik und Wirtschaft und ihre Didaktik.

Dr. Michael Dauderstädt

wurde 1947 in Nördlingen geboren; Studium der Mathematik, Ökonomie und Entwicklungspolitik; Mitarbeiter der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung; seit 1980 für die Friedrich-Ebert-Stiftung im In- und Ausland tätig; seit 2006 Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik; koordinierte in dieser Funktion das Projekt „Zukunft 2020“.

Gesprächskreis Geschichte

Im Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung werden historische Themen von aktueller politischer Bedeutung diskutiert. Die Publikationen der Reihe gehen in der Regel auf Veranstaltungen zurück, die in Bonn oder Berlin stattgefunden haben und sich an eine breitere historisch interessierte Öffentlichkeit richten.

Die Schriftenreihe erscheint seit 1992 und ist in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung im Volltext frei zugänglich:

http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/gespraechskreis.htm

Zuletzt sind erschienen:

Max Bloch

Wir müssen aus dem Turm heraus! Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907–1959. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. - 36 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 89)

ISBN 978-3-86872-539-1

Dieter Wunder/Ute Erdsiek-Rave

Bildung – ein sozialdemokratisches Zukunftsthema.

Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 32 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 88)

ISBN 978-3-86872-412-7

Masaaki Yasuno

Die Entwicklung des Godesberger Programms und die Rolle Erich Ollenhauers. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 60 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 87)

ISBN 978-3-86872-349-6

Michael Schneider

Politischer Widerstand? Dissens im Alltag des „Dritten Reichs“. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 43 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 86)

ISBN 978-3-86872-319-9

Helga Roepert

„Anfang 1935 flog die Gruppe meines Vaters auf ...“: Erinnerungen einer Sozialdemokratin an eine glückliche Kindheit in schrecklichen Zeiten. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 88 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 85)

ISBN 978-3-86872-262-8

Richard J. Evans

„Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“. Zur Diskussion um Anpassung und Widerstand in der deutschen Arbeiterschaft 1933-1945. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 32 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 84)

ISBN 978-3-86872-348-9